

# DIE ALTERNATIVE



## DIE TELEKOM-SKANDALE

**FREIHEIT STATT VOLKSBELEHRUNG •  
AKTUELL: WACHSENDE UNGLEICHHEIT**

Herausgegeben von



Oktober/November 2011

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



### Otto Tausig verstorben

Betroffen hörten wir, dass der große Humanist und Volksschauspieler Otto Tausig 89-jährig gestorben ist. Er war einer der grossen Anständigen. Man hat ihm, dem grossen Charakterschauspieler, in seiner Heimatstadt Wien wiederholt übel mitgespielt.

Er musste 1939 in die Emigration und wurde überzeugter Marxist. Nach erfolgreicher Absolvierung des Max-Reinhardt-Seminars nach dem Krieg wurden seine Versuche, eine linke, nicht-repräsentative, gleichwohl kulinarische Theaterkunst zu etablieren, entsorgt und erledigt.

Sein Leben gehörte in den letzten Jahren den Unterdrückten: Tausig erzählte dann von indischen Kindern, die Teppiche knüpften und deren Finger über der skandalösen Fron zuschanden gingen. Er hinterlässt eine Lücke.

### Konventionen sprengen – von Alternativen lernen

Die Rufe nach dem Wandel unserer Wirtschaftsweise werden immer lauter. Zu Recht. Denn selbst dem engagiertesten Unternehmen gelingt es im derzeitigen System nicht, aus Profit- und Wachstumszwängen auszubrechen. Wie es anders gehen kann, zeigen Initiativen, die außerhalb der üblichen Strukturen angesiedelt sind. Sie funktionieren oft ohne nennenswerten finanziellen Einsatz und haben andere Rechts- und Entscheidungsstrukturen als herkömmliche Unternehmen. Von ihnen können wir viel darüber lernen, wie echte Alternativen gestrickt sein müssen. Wo sind diese Initiativen zu finden? Im Ressourcenpool der

Alternativenforen! Reinschauen, Anregungen finden, Beispiele eintragen. [www.alternativenforen.at/ressourcenpool](http://www.alternativenforen.at/ressourcenpool), eine Initiative von „Wege aus der Krise“.



Kontakt: Sabine Gruber, Wege aus der Krise – Alternativenforen c/o Global 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, (01) 812 57 30-91, (0699) 19 20 95 28, [info@alternativenforen.at](mailto:info@alternativenforen.at), [www.alternativenforen.at](http://www.alternativenforen.at).

### Supergau der Rücksicht

Der Atommeiler ÖGB arbeitet seit Jahren und liefert kontinuierlich Verbesserungen für die Beschäftigten in unserem Lande. Ganz Kollektiv und ganz nach dem Gießkannenprinzip. Die Effizienz der Ergebnisse und die Verhältnismäßigkeit von Lautstärke des Gesagten und der tatsächlichen Verbesserung lassen zu wünschen übrig. Die GewerkschaftslobbyistInnen stellen es für uns als Erfolg dar, immer aus dem jeweiligen Blickwinkel der politischen Fraktion. Sicher ist es ein Erfolg, eine Erhöhung jeglicher Art zu erhalten. Oft sind einzelne Zuckerln mit bitterer Füllung dabei. Einmal wird auf die gute Konjunkturlage Rücksicht genommen, um den Unternehmen die Chance zu geben, Rücklagen zu bilden – für die jetzige Situation der „Wirtschaftskrise“, das andere Mal wird Rücksicht genommen auf das schwache Wirtschaftswachstum. Wir bewegen uns auf den Supergau der Rücksicht zu. Wer nur Rücksicht übt, verliert den Blick fürs Wesentliche. Wir erhalten keine tatsächlichen Verbesserungen, wir erhalten Almosen. Die politisch abhängigen ÖGB-Fraktionen verkaufen uns Lohnerhöhungen um weniger als ein Prozent als Riesenerfolg. Um den Supergau der Rücksicht abzuwenden, bedarf es mehr Unabhängigkeit. Auf jeden Fall unabhängig von Fraktionspolitik. Es liegt die Zukunft in der Arbeit der Unabhängigen GewerkschafterInnen, uns jenen ÖGB zu gestalten, der seinen Aufgaben treu bleibt. Nämlich Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bedienstete und alle unselbstständig Erwerbstätigen zu vertreten und deren Interessen gegenüber den neuen, den modernen Ausbeutern zu wahren. Karl Mladek

### KriLit'11 KRITISCHE LITERATURTAGE IM ÖGB – ALTERNATIVE BUCHMESSE

Vom 4. bis 5. November 2011 beherbergt der ÖGB wieder zahlreiche Verlage und Gewerkschaftsorganisationen sowie soziale Initiativen. Zum zweiten Mal finden hier die „Kritischen Literaturtage“ (KriLit'11) statt. BücherliebhaberInnen können nach Herzenslust schmökern, mit AutorInnen debattieren oder an einem der zahlreichen Infotische Diskussionen führen. Mittlerweile sind bereits über fünfzig Organisationen

und Verlage mit alternativen, gesellschafts- und sozialkritischen Büchern angemeldet. Auch das kulturelle Angebot kommt nicht zu kurz: Es reicht von Buchpräsentationen und Lesungen mit El Awadalla, Gerhard Ruiss, Susanne Scholl oder Richard Weihs bis zum Konzert von Mieke Medusa. Nähere Informationen gibt es unter [www.krilit.at](http://www.krilit.at). Die UG wird mit VertreterInnen ihrer Säulen zwei Tage lang von 10 bis 18 Uhr mit einem Infostand vertreten sein. Wir freuen uns auf euren Besuch. Freitag, 4., und Samstag, 5. November 2011, ÖGB, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien, (U2 Donaumarina).

# DIE ALTERNATIVE

IM OKTOBER/NOVEMBER



EDITORIAL  
von Fritz Schiller

## MAGAZIN

Telekom Austria: Ein einziger Skandal . . . . .	Seite 4
Soziale Arbeit: Von Kosten und Nutzen . . . . .	Seite 7
Schweiz: Freiheit statt Volksbelehrung . . . . .	Seite 8
Private Pension: Zweite und dritte Säule . . . . .	Seite 10
Einkommen: Wachsende Ungleichheit . . . . .	Seite 12
3. bis 10. November: Bildungsvolksbegehren . . . . .	Seite 14

## GEWERKSCHAFT & BETRIEB

UG & Landesverteidigung: Es gibt sie doch . . . . .	Seite 18
GdG-KMSfB: KIV am Gewerkschaftstag . . . . .	Seite 20
Verkehrte Welt: Bildung in der Pflege . . . . .	Seite 23
AKH: Keine neue Ausschreibung der Reinigung . . . . .	Seite 24
Gesundheitswesen: Ausgebrannt bis abgebrannt . . . . .	Seite 25
Lohnverhandlungsrunde 2011 . . . . .	Seite 26

## INTERNATIONAL

Ungarn: Autoritärer Kapitalismus . . . . .	Seite 29
--	----------



. . . . .	Seite 16
-----------	----------

## DIE ARROGANZ DES CHEFREDAKTEURS

Anfang September wurde im ORF wieder ein Club 2 gegeben, diesmal unter dem Titel „Klassenkampf: Wer bezahlt für die Krise?“. Einer der Teilnehmer war Michael Fleischhacker, Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“, der Zeitung mit dem angeblich großen Horizont. Unter vielen anderen löste eine Wortmeldung Fleischhackers ganz besonderes Kopfschütteln aus. Er argumentierte, dass eine Vermögenssteuer nur dann eingehoben werden könne, wenn man den Vermögensbesitzern zuvor mitteile, wofür der Staat die eingehobenen Gelder der Vermögenssteuer zu verwenden gedenke. Wenn die Antwort des Staates befriedigend ausfällt, so die unausgesprochene Logik Fleischhackers, erst dann wären die Vermögensbesitzer bereit, Vermögenssteuern zu zahlen.

Zunächst ist man sprachlos ob dieser unfassbaren Arroganz des Herrn Fleischhackers. Wieso geriert er sich hier, obwohl er behauptet, selbst über kein Vermögen zu verfügen, als Vertreter der Vermögensbesitzer? Aus vorauseilendem Gehorsam? Aus Profilierungssucht? Zudem: wieso sollen (nur) die Vermögensbesitzer darüber entscheiden können, ob ihnen die Ausgaben des Staates genehm sind? Haben dieses Recht andere Bevölkerungsgruppen? Die ArbeitnehmerInnen zum Beispiel? Hat Herr Fleischhacker vergessen, dass wir in einer Demokratie leben und jeder Mensch gleich zählt?

Schließlich: wieso sollen (nur) die Vermögensbesitzer entscheiden, ob eine Ausgabe des Staates sinnvoll ist oder nicht? Sind die Vermögensbesitzer die „gescheiterten“ Leute im Vergleich zu „dummen“ Plebs?

Es ist noch immer das reaktionäre Klassendenken, das hier Herr Fleischhacker demonstriert, das sich nach wie einbildet, intelligenter, cleverer und überlegener zu sein. Er ist ein Vertreter jener Schicht, die glaubt, die (vermeintlichen) Leistungsträger dieser Gesellschaft zu sein und daraus Rechte beansprucht. Wir werden sie eines Besseren belehren.

**IMPRESSUM** Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Telekom Austria Skandal(e): Wir vergessen nicht.

Von Markus Koza.

# NICHT NUR EIN EINZIGER SKANDAL

Die Telekom Austria beherrscht wieder einmal die Schlagzeilen. Ein Kronzeuge packt aus – über Kursmanipulation und entsprechend hohe Bonizahlungen, über Spenden hier und dort. Management, BZÖ, Alt-FPÖler sollen ebenso tief im Korruptionssumpf stecken, wie ÖVPLer, ja selbst Christgewerkschafter sollen ordentlich mitgeschnitten haben. Wieder einmal tauchen Namen auf, die uns aus anderen Privatisierungs- und Bereicherungsskandalen bestens bekannt sind. Eine parlamentarische Sondersitzung gab es schon, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist nur noch eine Frage der Zeit. Und: Wieder einmal gelten Unschuldsvermutungen sonder Zahl, für ehemalige Minister ebenso wie für den ehemaligen Bundeskanzler. Selbstverständlich. Ein Skandal. Aber nicht der einzige in der Telekom.

Wir erinnern:

- Skandalös war der Umgang mit den TelekommitarbeiterInnen, insbesondere mit den Beamten, die im Zuge der schwarz-blauen Privatisierungswellen ab 2000 möglichst rasch abgebaut

werden sollten. Um weiteren Privatisierungen nicht im Weg zu stehen. Mobbing, Schikanen, Druck – bis hin zu Selbstmordfällen. Und ein Manager, der ganz offen darüber redete, wie denn da in der Telekom „gemobbt“ würde. Dieser Manager war übrigens ein gewisser Gernot Schieszler, seines Zeichens „Kronzeuge“ im aktuellen Telekom-Skandal.

- Skandalös war der Privatisierungsvorgang an und für sich. Nicht nur, weil er zu einem massiven Beschäftigungsabbau führte, sondern auch, weil er sich keineswegs als gutes Geschäft für die Republik herausstellte, blieben die Verkaufserlöse doch deutlich unter den Erwartungen. Verdient haben ganz andere.

- Skandalös ist nicht zuletzt eine über Jahre hindurch verfolgte Dividendenpolitik, welche geradezu an die Substanz des Unternehmens geht.

## SKANDAL 1: PERSONALABBAU

„Wo gehobelt wird, fallen Späne“, erklärte Gerhard Ahrer, Personalchef der Telekom Austria, rund um die Teilprivatisierung im Jahr 2000 seinen Beschäftigten. 5000 Beschäftigte sollten – in einem ersten Schritt – abgebaut werden. Dem „Format“ erklärte er in einem Interview am 24. März 2001, dass es seit dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 nicht gelungen sei, das „Unternehmen auf den Wettbewerb“ vorzubereiten und dass dieses „Nichtstun“ nun eben eine radikale dreißigprozentige Reduktion des Personals unabdingbar mache.

Auf die Frage des „Format“, was es denn mit Vorwürfen auf sich habe, wonach Telekom-MitarbeiterInnen von oben massiv gemobbt würden, dass diese von heute auf morgen per E-Mail oder Brief freigestellt würden, andere vor plötzlich verschlossenen Bürotüren oder gesperrten EDV-Zugängen stünden, reagierte Ahrer dahingehend, dass ihm „... solch extreme Fälle nicht bekannt“ seien. Und: Er verstünde die ganze Aufregung ohnehin nicht, weil Gewerkschaft und Betriebsräte den Sozialplan ja mitgetragen hätten und der Personalabbau bereits mehrere Milliarden Schilling gekostet hätte (tatsächlich gab es in der Belegschaft heftige Kritik am Verhalten ihrer GewerkschaftsvertreterInnen).

Auf die Frage nach zwei bekannt gewordenen Selbstmordfällen in der Telekom, verwehrt sich Ahrer entschieden dagegen, diese in einen Zusammenhang mit dem Personalabbau in der Telekom zu bringen. Das Problem seien nun mal die „Beamten“. Schließlich sei die Telekom ein börsennotiertes Unternehmen, habe allerdings immer noch 82 Prozent Beamte. Das vertrage sich nicht, „da brauchen wir jetzt eine neue Kultur.“ Dass die „neue Kultur“ unter anderem darin bestehe, dass plötzlich fünfundzwanzigtausend Anschlüsse für ISDN und ADSL nicht hergestellt werden könnten, weil MitarbeiterInnen fehlten, stritt der Personalchef entschieden ab. „Umbauphase“, so lautete die „Entschuldigung“.

Wenn auch Ahrers von „extremen“ Mobbingfällen nichts wissen wollte, so



**MARKUS KOZA**  
IST UG-VERTRETER IM  
ÖGB-BUNDES-VORSTAND  
UND MITARBEITER DER  
AUGE/UG IN WIEN.



wussten andere von genau Gegenteilem zu berichten. So übertitelte der Börse-Kurier vom 19. März 2001 einen APA-Beitrag mit „Frostiges Arbeitsklima bei Telekom Austria“. Ein Arbeitsmediziner berichtete in diesem Beitrag von „gezieltem Mobbing“, das sogar zu Selbstmorden geführt hätte: „Der Druck und der plötzliche Verlust des Arbeitsplatzes habe bereits mehrere TA-Mitarbeiter in den Selbstmord getrieben, sagte der Arzt. Die ‚unglaublichen‘ Zustände gäben aus medizinischer Sicht Anlass zu größter Sorge.“ Sprach der Post-Gewerkschafter Wurm noch von drei Selbstmorden, spricht der Arzt von noch mehr. Der Mediziner berichtete von TA-MitarbeiterInnen, „... die binnen Stunden zum Verlassen des Arbeitsplatzes aufgefordert und danach unter eine Art ‚Hausarrest‘ gestellt würden. Bei vollen Bezügen müssten diese zur Vermittlung neuer Posten zwischen 8 und 12 Uhr zu Hause sein, so der Arzt. Wurm bestätigte dies: Es müssten die Betroffenen Abschlüsse von 40 Prozent hinnehmen, da sie um die Zuschläge umfallen“.

Und weiter: „Der Arbeitsmediziner berichtete, dass junge dynamische Mitarbeiter eigens zum Zweck des Mobbing von Telekom-Beamten eingestellt würden. Ihm seien Fälle bekannt, wo auch diese Mitarbeiter selbst kurze Zeit später ihren Arbeitsplatz verlören, „um die Spuren zu verwischen“. Aus diesem Grunde würden Kündigungen, Freistellungen, Entlassungen auch nicht mehr in schriftlicher Form übermittelt, sondern nur noch mündlich. Diese Methoden bestätigte auch der Gewerkschafter Wurm.“ Die Unternehmensleitung stritt selbstredend jedes Mobbing entschieden ab. Es würde sich wohl nur um Einzelfälle handeln. Noch 2008 drohte der Vorstand dem Betriebsratsvorsitzenden Kolik mit Klage wegen Rufschädigung, weil dieser von „Mobbing-Methoden“ gesprochen hätte. Bis, tja, bis ein gewisser Herr Schieszler, anno dazumal stellvertretender CEO und Finanzvorstand des TA-Festnetz, zuständig unter anderem für den geplanten Personalabbau, im Rahmen einer Gesprächsrunde zum „Capital Market Day“ am 29. Jänner 2009 erklärte, wie denn Mobbing, das es ja laut Vorstands-KollegInnen so nicht gäbe, in der TA tatsächlich funktioniere. Und dummerweise irgendwer ein

Video mitdrehte, das über YouTube im Internet auftauchte.

„Unsere Aufgabe ist es, ein Telekomunternehmen wertsteigernd zu führen, und nicht, in Gärten alter Damen zu graben,“ führte er zu Beginn gleich einmal aus, um dann weiter Klartext zu reden. Wer nicht entsprechend umgeschult oder in andere Unternehmensbereiche verleast werden könne, den würde man einmal „daheim sitzen“ lassen, also zur Passivität verdammen. Dieser Prozess dauere so rund vier Monate. In der „Krone“ vom 23. April 2009 heißt es weiter: „In den ersten vier bis sechs Wochen könnten sich die Leute, ‚offen gesagt noch wohl fühlen‘, wie auch Erfahrungen in anderen Unternehmen weltweit zeigen würden. Danach werde man beginnen, die Mitarbeiter anzurufen und sie für ein paar Tage zur Arbeit rufen, und wenn sie dann am Telefon erklären, dass sie krank sind, werden wir ihnen den Arzt schicken. Und wenn der feststellt, dass sie nicht krank sind, dann werden wir Klagen gegen diese Mitarbeiter folgen lassen‘. Und dann würden schon ‚ein paar die Golden Handshakes annehmen.“ Die Folge dieses Videos war zumindest, dass Schieszler von den Personalagenden entbunden wurde und der Sozialmediziner Michael Kunze mit der „... sozialmedizinischen Verträglichkeit aller mit dem Jobabbau in Zusammenhang stehenden Maßnahmen“ betraut wurde.

Im Jahr 2009 wurde die France Telekom von einer regelrechten Selbstmordserie erschüttert. 17 TelekommitarbeiterInnen wählten den Freitod, weil die Arbeitsbedingungen für sie immer unerträglicher geworden waren. Bis März 2010 folgten sieben weitere. Ein ähnlicher Fall erschütterte auch die Telekom Austria. Erstmals konnte ein Selbstmord in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen bei der Telekom Austria gebracht werden. In einem Abschiedsbrief schrieb der Mitarbeiter, dass er die Arbeitssituation im Unternehmen nicht mehr ertragen könne und die Hoffnung habe, „... dass damit ähnliche Schicksale – und sei es nur ein einziges – erspart bleiben.“ Der Artikel in

den „Salzburger Nachrichten“ (SN) vom 2. März 2010 weiter: „Aus seinem Brief geht hervor, dass der Mitarbeiter trotz hervorragender Qualifikation und ständiger Weiterbildung immer wieder übersehen und übergangen worden ist. Zuletzt landete er als Einziger in einem Gebäude: ‚Nach gut drei Jahren als Einziger in einem Gebäude mit bröckelndem Putz von der Decke und defekten Sanitäreinrichtungen und mächtigen Staubansätzen habe ich die Realität wohl nicht mehr erkennen können.“ Im Unternehmen zeigte man sich geschockt. Man habe sofort Professor Kunze mit der Untersuchung des Falls beauftragt. Fakt blieb allerdings, dass offensichtlich seit dem ersten Bekanntwerden von Mobbingfällen, „Passivierung“ und Ähnlichem im Rahmen der Teilprivatisierung unter Schwarz-Blau, sich die Personalpolitik im Unternehmen nicht wesentlich geändert hatte. Schließlich heißt es in dem 2010 erschienenen Beitrag in den SN weiter: „Mitarbeiter der Telekom berichten österreichweit über schwierige Arbeitsbedingun-

gen, bedingt durch ständige Strukturänderungen. Vor allem jene, die ‚passiviert‘ werden, wie es beschönigend heißt, wenn Mitarbeiter zum

Nichtstun verurteilt werden, haben oft große Schwierigkeiten. In Salzburg sind daraus Selbsthilfegruppen entstanden. ‚In der Gesellschaft zählt doch nur die Leistung‘, sagt ein Mitglied. Doch auch die, die aktiv sind, litten unter einem ‚großen Druck und einem sehr schlechten Arbeitsklima‘, erzählt ein Mitarbeiter im mittleren Management.“ Der Umgang mit den (nicht nur beamteten) MitarbeiterInnen: Ein Skandal, der neben dem aktuellen nicht in den Hintergrund treten darf.



## SKANDAL 2: PRIVATISIERUNG

Abgesehen davon, dass seit den ersten (Teil-)Privatisierungsschritten 1998 (damals noch unter Schwarz-Rot) bis 2004 in der Festnetzbranche fünftau-

*Bitte umblättern*

sendfünfhundert Beschäftigungsverhältnisse verloren gingen (bei zweitausendfünfhundert neu geschaffenen im Internet- und Mobilfunkbereich\*), der Betriebsrat im November 2008 schon von zehntausend vernichteten Arbeitsplätzen bei der Telekom Austria sprach, dem weitere zweitausendfünfhundert in den nächsten Jahren folgen sollten und sich somit die Teilprivatisierung schon als beschäftigungspolitisches Desaster herausstellte, entpuppte sie sich auch hinsichtlich der Privatisierungserlöse als Flop.

Die Teilprivatisierung der Telekom im Umfang von 25 Prozent im Jahre 2000 sollte (so Miron Passweg, AK-Experte in einem Beitrag in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ aus dem Jahr 2001) einen Privatisierungserlös (1. Privatisierungsstranche 25 Prozent) von 25,9 Milliarden Schilling (ca. 1,88 Milliarden Euro) bringen. Tatsächlich wurde die erste Tranche der Totalprivatisierung allerdings „(erwartungsgemäß) ein Flop“, wurde sie doch unter Zeitdruck und zu einem Zeitpunkt durchgeführt, zu dem weltweit „Telekommunikations-Werte ... wenig gefragt“ waren und an den Börsen nur eine Richtung kannten – nämlich nach unten. Eine derartige Konstellation führt zwangsläufig zu einer „Verschleuderung von Vermögenswerten“. Lag der zum Zeitpunkt des Börsengangs erwartete Verkaufserlös (exklusive Son-

derrabatte für Privatanleger und Mitarbeiter) schon nur noch bei 15,9 Milliarden Schilling (ca. 1,16 Milliarden Euro, Emissionsvolumen 25,8 Prozent), fiel das Endergebnis mit 13,8 Milliarden Schilling (ca. eine Milliarden Euro) noch schlechter aus, weil letztlich nur 22,4 Prozent des Telekom-Anteils verkauft werden konnten.

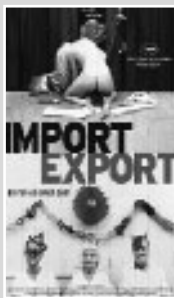
In der Folge reduzierte sich der ÖIAG-Anteil von 47,8 auf knapp über 28 Prozent. In Summe beläuft sich der Privatisierungserlös insgesamt laut „Format“ vom 26. Juli 2010 auf lediglich rund 2,45 Milliarden Euro (laut ÖIAG von 2001 bis Dezember 2005 auf 2,127 Milliarden Euro). Für knapp über 42 Prozent des Unternehmens. Wo ursprünglich alleine für 25 Prozent 1,88 Milliarden Euro erhofft wurden ... Reich sollen an dieser Privatisierung dafür ganz andere geworden sein: Eine ganze Menge an Personen, für welche die Unschuldsvormutung gilt ...

### SKANDAL 3: AUSSCHÜTTUNGEN

Die Telekom Austria ist ein börsennotiertes Unternehmen. Als solches hat sie AktionärInnen, die Geld in Form ausgeschütteter Dividenden sehen wollen. Entsprechend schüttet die Telekom Austria auch aus. Beispielsweise von 2009 bis 2011 Jahr für Jahr je 332 Millionen Euro. Das ist viel. Sogar sehr viel. Die Telekom Austria ist jenes ATX-

Unternehmen in Österreich, das über diesen Zeitraum hinweg – Ausnahme 2010 – die in Summe höchsten Dividenden ausgeschüttet hat. Das Problem dabei, so die Studie „Vorstandsvergütung und Ausschüttungspolitik der ATX Konzerne“ der AK-Wien vom Mai 2011: „Es ist zu beobachten, dass die Telekom Austria bereits in den letzten Jahren hohe Ausschüttungen getätigt hat, ohne im Gegenzug die entsprechenden Gewinne lukrieren zu können. Während sich die Aktionäre über konstant hohe Dividenden freuen dürfen, geht diese großzügige Ausschüttungspolitik langsam aber sicher an die Substanz des Unternehmens. Der Telekom Konzern verfügt nicht einmal mehr über eine Eigenkapitalquote von zwanzig Prozent.“ In „Ausschüttungsquoten“ (Verhältnis von Ausschüttungen zum Gewinn) ausgedrückt, heißt das nichts anderes, als dass „deutlich mehr als (der) erwirtschaftete Gewinn an die Aktionäre weitergereicht“ wird. Im Jahr 2011 sind das 170 Prozent des Jahresüberschusses, im Jahr 2010 348,9 Prozent, im Jahr 2009 wurde sogar trotz Verlustes ausgeschüttet. Und diese Ausschüttungspolitik wurde dabei offensichtlich nicht erst ab 2009 verfolgt. So sprach etwa der Betriebsratsvorsitzende Kolek im Rahmen einer Protestversammlung der Telekombeschäftigten davon, dass bereits die Jahre zuvor „die Gewinne gänzlich (etwa 1,6 Milliarden Euro) an die Aktionäre ... ausgezahlt und nicht im Unternehmen – zum Beispiel für Netzausbau, Glasfaser – investiert“ wurden (UG-Telekom Betriebsrat Herbert Tischler, Alternative 8-9/2008).

Ein Skandal. Eine Unternehmenspolitik, die regelrecht auf die Substanz geht. Eine Unternehmenspolitik, die nicht lange gut gehen kann. Da bleibt kein Geld mehr für überfällige beziehungsweise notwendige Investitionen. Ausbaden dürfen diese Unternehmenspolitik einmal mehr die Beschäftigten. Heute die beamteten. Morgen alle anderen. Ein einziger Skandal.



### „Import – Export“

1/2 Jahr Arbeitsmarkttöffnung, Film & Diskussion.  
10. November 2011, 18 Uhr, Schikaneder-Kino, Margaretenstraße 24, 1040 Wien.

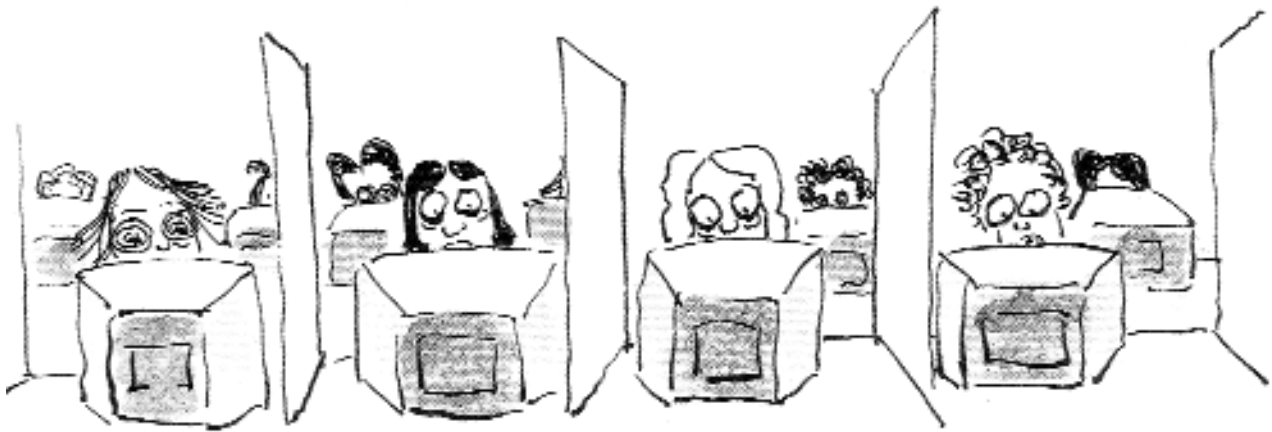
Schlimme Auswirkungen wurden durch die Arbeitsmarkttöffnung am 1. Mai 2011 erwartet. Wir fragen nach: Was hat sich verändert hinsichtlich Arbeitsplätzen, für Beschäftigte (für welche)? Greift das Lohn- und Sozialdumpinggesetz? Für wen? Wer bleibt auf der Strecke?

**Film:** Import – Export, Regie: Ulrich Seidl, 2007. Olga ist Krankenschwester in der Ukraine. Sie sucht ihr Glück im Westen und landet als Putzfrau in der Geriatrie in Österreich. Paul ist arbeitsloser Wachmann aus Österreich. Auf der Suche nach Arbeit und Sinn stolpert er mit seinem Stiefvater in den Osten bis in die Ukraine. Zwei junge Menschen machen sich auf den Weg, um einen Neubeginn im Leben zu finden.

#### Anschließend Diskussion mit

- Michaela Guglberger, Gewerkschaft vida, Bundesfachgruppe Soziale Dienste,
  - Albert Stranzl, Betriebsratsvorsitzender PorrAG,
  - Evelyn Probst, LEFOe – Beratung, Bildung und Begleitung für MigrantInnen,
  - Linda Sepulveda-Urrejola, AUGe/UG, GPA-djp-IG work@migration.
- Eintritt frei! Eine Veranstaltung der AUGe/UG, [www.auge.or.at](http://www.auge.or.at).

\*) Quelle: Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-25, Dr. Andreas Höferl, Jänner 2005.



## VON KOSTEN UND NUTZEN

**IN** der 1933 erschienenen Erzählung ‚Aufzeichnungen aus dem Lande Kuty‘ des rumänischen Schriftstellers Tudor Arghezi findet sich eine Satire auf Organisations- und Strukturplanung. Die Städte – Ausdruck der Neigung der Menschen zu Anarchie und Chaos – sollten zerlegt, nach ihren gleichartigen Bestandteilen neu zusammengesetzt, und dadurch viel übersichtlicher angelegt werden: Ein Bezirk nur mit Kirchen, ein Viertel mit nichts als Wasserleitungen, ein großer Stadtteil mit allen Straßen, die vorher beunruhigend kreuz und quer führten, und nun auf einen Haufen geschichtet sind, ein Distrikt der Denkmäler, die, je nachdem, ob Reiter mit Ross oder uniformierter Held auf zwei Beinen, ordentlich aneinandergereiht werden ... (vgl. Tudor Aghezi 1933, zitiert nach Karl-Markus Gauß, 2010).

Die Vorstellung, komplexes Leben, mehrdimensionales Denken und vernetztes Handeln durch Umstrukturierungen „in den Griff“ bekommen zu können, ist also, wie diese über siebzigjährige Satire zeigt, keineswegs neu, sondern scheint als Herrschafts-Merkmal periodisch wiederzukehren. In den letzten Jahren hat sie zunehmend die Organisatoren Sozialer Arbeit erfasst: Komplexe Aufgaben wurden in immer kleinere Fragmente zerteilt und starren

**Soziale Arbeit wird in immer kleinere Fragmente zerteilt und starren Hierarchien unterstellt.**

Hierarchien unterstellt. Handlungsleitend ist nun nicht mehr fachlich kompetentes, flexibles Eingehen auf die Bedürfnisse und Bedarfslagen der KlientInnen, sondern Aufträge, die SozialarbeiterInnen entweder erhalten oder erteilen, je nachdem, in welcher Organisationseinheit sie sich befinden.

Wesentliche Merkmale Sozialer Arbeit, wie Beratung und der Aufbau tragfähiger Beziehungen zwischen KlientInnen und SozialarbeiterInnen als Arbeitsgrundlage, werden abgewertet oder zerstört (sind sie vielleicht ebenso unübersichtlich und unkontrollierbar wie die bislang kreuz und quer verlaufenden Straßen von Kuty?). Bedeutete ein Erstgespräch früher, durch empathische Gesprächsführung zu einem möglichst umfassenden Verständnis der Problemlage einer KlientIn zu kommen, so werden deren – vermutete – Anliegen jetzt anhand vorformulierter Fragen von Callcenter-Agents vorsortiert. Wurde früher während des Erstgesprächs eine Vertrauensgrundlage für die künftige Zusammenarbeit

zwischen KlientIn und SozialarbeiterIn aufgebaut, werden jetzt Rückrufe versprochen, und die Zuständigkeit einer anderen Organisation oder Organisationseinheit angekündigt. Denn alle MitarbeiterInnen haben sich auf ihre möglichst eng gefassten Kernkompetenzen zu beschränken und möglichst schematisierte Arbeitsabläufe einzuhalten. Letzteres gilt als Qualität. Überhaupt dürfte es nicht mehr um die Lösung sozialer Probleme von Menschen gehen; Soziale Arbeit wurde zum „Verkauf“ von „Produkten und Dienstleistungen gemäß Leistungskatalog“ umgedeutet. War wirtschaftliches Handeln früher eine Maxime unter mehreren (zum Beispiel neben Empowerment, Bewusstseinsbildung, Menschenrechts-Fragen etc.), so scheint der Kosten-Nutzen-Aspekt jetzt alle anderen Faktoren zu überlagern.

Die Folgen: Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter können ihre Fachkompetenz und Kreativität immer weniger einbringen. Statt einer Stärkung ihrer Professionalität und Eigenverantwortung – auch das Berufsgesetz dürfte in immer weitere Ferne rücken – entstehen Entfremdung, innere oder tatsächliche Kündigung und der Verlust professioneller Identität. An dieser Stelle ist es jedoch auch möglich, gegenzusteuern: durch Vernetzung über Organisationsgrenzen hinweg, vertrauensvollen Austausch unter KollegInnen und gemeinsame Aktionen.

Vor den Parlamentswahlen in der Schweiz hat die Schweizer Zeitung „WOZ“ sechs Autorinnen und Wissenschaftler gebeten, eine mögliche linke Politik zu beschreiben – frei in der Frage und Form. Wo kommt die Energie für eine linke Politik her? In den kleinen Arbeitskämpfen des Alltags staut sich eine Wut, die ins Utopische ausschlagen kann, schreibt die Gewerkschaftssekretärin und Schriftstellerin *Annette Hug*.

# FREIHEIT STATT VOLKSBELEHRUNG

Sobald der Tisch „als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich über-sinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andern Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne.“ So schreibt Karl Marx am Anfang des „Kapitals“, weil er in der Geschichte der Wirtschaft noch nicht bis zur Erfindung des Geldes vorgestossen ist. Der Tausch des Tisches gegen die Familienbibel lässt sich auf keine Zahl und kein Konzept bringen, Marx ist zur Poesie gezwungen. In Arbeitskonflikten scheint oft Wunderliches auf: Da besteht die Hilfspflegerin Stoichkov darauf, an der Beerdigung einer Altersheimbewohnerin, die sie sehr gemocht hat, teilzunehmen. Sie verlangt sogar, während der Arbeitszeit an dieser Beerdigung teilzunehmen. Aber Frau Stoichkov hat keinen rechtlichen Anspruch, für diese Beerdigung frei zu bekommen. Wenn es hoch kommt, wird sie im Gespräch mit dem Heimleiter

emotional und beruft sich auf ihr Heimatland, das die Alten ehre. Das bringt nun auch den Heimleiter in Rage, aber er will die Situation nicht eskalieren lassen. Frau Stoichkov müsse ihn verstehen, sagt er und erklärt, welche Leistungen den Krankenkassen und dem Staat verrechnet werden können und welche nicht.

## DIE PFLEGE ALS WARE

Jedes Pflegeheim und jedes Spital gehört heute zur „ungeheuren Warensammlung“, mit der Marx ins „Kapital“ einsteigt. Mit der Zerstückelung der Pflegetätigkeiten in einzelne Warengruppen, die codiert und mit einheitlichen Preisen versehen werden, treten neue Sektoren menschlicher Arbeit in den Bereich der Warenproduktion ein, in diese „gespenstische Gegenständigkeit“ (Marx). Spätestens wenn Frau Stoichkov darauf beharrt, dass sie sich von der Verstorbenen richtig verabschieden möchte, werden die Produkte „Mundpflege inkl. Schleimhautkontrolle“ oder „Positionsveränderung im Bett“ unheimlich. Alexander Kluge bringt im Film „Nachrichten aus der ideologischen Antike“ den Ursprung der Grillen und Gespenster der Warenwelt auf eine Formel: „Alle Dinge sind verzauberte Menschen.“ Hinter den

Leistungsabrechnungen jedes Pflegeheims stehen lebendige Mühen. Weil sie sich in Codes und Abrechnungen verlieren, erscheint das ganze Pflegesystem irgendwann als unkontrollierbare, nur noch durch höhere Mathematik zu begreifende Angelegenheit – als Zahlenschungel, der mit den Beziehungen im Pflegeheim nichts mehr zu tun zu haben scheint.

Wenn eine Frau Stoichkov ihren Job und vielleicht sogar ihre Aufenthaltsbewilligung riskiert, weil sie dieses eine Mal nicht nachgeben will – sie wird an der Beerdigung teilnehmen –, dann erinnert das an die allerersten Arbeiterproteste: als die Glarner ArbeiterInnen der Textildruckerei Egidius Trümpy 1837 wegen der Einführung einer Fabrikglocke streikten. Sie fanden es eine Zumutung, dass sich da ein Herr Trümpy herausnahm, ihren Tagesablauf auf die Minute festzulegen, nur weil er Lohn zahlte. Noch immer erinnern kleine Revolten daran, dass die Vorstellung, man könne seine Zeit verkaufen, einmal stossend gewesen ist.

## DER JARGON DER QUALITÄT

Die Leistungen einer Angestellten werden zwar differenziert codiert und separat verrechnet, aber sie darf sich nicht darauf beschränken, einzelne Pro-

**ANNETTE HUG**  
ARBEITET ALS GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN  
IN ZÜRICH. IHRE ROMANE „LADY BERTA“  
UND „IN ZELENYS ZIMMER“ SIND BEIM  
ROTPUNKTVERLAG ERSCHEINEN.



dukte zu liefern. Ihr ganzes Wesen ist gefragt. Marx beschrieb Arbeitskraft als „Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.“. Diese Aufzählung muss heute explizit verlängert werden. Von Angestellten wird erwartet, dass sie sich mit Herz und Seele in den Betrieb einbringen und das Betriebsergebnis zu ihrer persönlichen Angelegenheit machen. Auch Herz und Seele werden dann codiert, zuerst in Begriffen: „Unternehmerisches Denken“ heisst das auf den Beurteilungsbögen für die Mitarbeitergespräche, oder „Selbstverantwortung“. Es könnte eine lange Liste von Anforderungen folgen.

Zusammenfassend wird verlangt, dass Untergebene für das Unternehmen arbeiten, als gehöre es ihnen selbst – und dass sie gleichzeitig akzeptieren, dass ihnen nichts gehört und die Befehlsgewalt eindeutig bei den Vorgesetzten liegt. Von den Pflegehelferinnen wird allenfalls – bei aller Bereitschaft zum Mitdenken – die Einsicht erwartet, dass die grösseren Zusammenhänge zu kompliziert für sie sind und eine Meinungsäusserung ihrerseits nicht kompetent sein kann.

Die Tatsache, dass die meisten Menschen nicht absolut freiwillig ihrer Erwerbsarbeit nachgehen, wird durch einen Jargon verschleiert, der perverterweise an ein sozialistisches Menschenbild anknüpft: Der Mensch wird zum Menschen, indem er sich durch seine Arbeit verwirklicht.



Wer sich nicht ständig verbessern will, hat ein persönliches Problem. Der Tramchauffeur muss mit seinem Vorgesetzten von Jahr zu Jahr neue Entwicklungsziele formulieren. Er muss es sich gefallen lassen, dass er von Qualitätskontrolleuren, die inkognito in den Trams mitfahren, überprüft wird: Sind seine Ansagen freundlich? Haben seine Socken die richtige Farbe? Reagiert er auch bei Hektik überlegen? Wenn dann noch darüber verhandelt wird, wie lang er dafür braucht, aufs Klo zu gehen und wie oft ihn das Bedürfnis durchschnittlich überkommen darf, dann ist das kein triviales Problem. Es

zielt ins Herz der Frage, was man denn mitverkauft, wenn man seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt: Die Blasenfunktionen? Die Frisur? Die Art, wie man spricht?

Nun ist nichts dagegen einzuwenden, dass Angestellte öffentlicher oder halböffentlicher Betriebe, die vom Volk bezahlt werden, freundlich sind zu den VertreterInnen dieses Volkes und dass sie ihre Arbeit gut machen. Auch als Kundin in einem privaten Geschäft ist man froh, wenn man nicht angeschnauzt wird.

---

### DER SEELE GERECHT WERDEN

Als Gewerkschafterin kann man nicht glaubhaft über den Begriff „Selbstverantwortung“ lästern, schliesslich beruhen gewerkschaftliche Erfolge darauf, dass Leute nicht die Faust im Sack machen, sondern sich gemeinsam wehren – also Verantwortung für ihre Situation übernehmen.

Und man hat vielleicht Alexander Kluge im Ohr, der mit der Übersetzerin Galina Antoschewskaja entdeckt, dass in der russischen Marx-Übersetzung das Wort „Seele“ in den ganzen Zauber der Verwandlung von Arbeitskraft einfließt. Kluge dichtet dann vor sich hin: „Ökonomie hat eine Seele, weil sie aus vielen Menschen gebaut ist, die sich Mühe geben. Sie bringt die Menschen zusammen. Ohne Seele könnten sie gar nichts machen.“ Die Seele soll nicht aus der Ökonomie vertrieben werden. Im Gegenteil. Die Ökonomie muss den Seelen gerecht werden. Darüber laut nachzudenken, fällt schwer, denn im Alltag ist zwischen dem Newspeak der Personalverantwortlichen und dem Gegrummel der Buschauffeure mit den falschen Socken viel Sprache abhandengekommen. Nicht nur die Preise der Waren, auch die wechselnden Jargons der Führungskräfte lassen die Geschichten verschwinden, die in den Waren und Pseudoprodukten stecken – die Menschen, die sich Mühe geben, kommen nicht mehr vor.

Im Motivationsgesäusel für MitarbeiterInnen geht auch vergessen, dass nach wie vor ein Verteilkampf um mehr oder weniger gut bezahlte und geachtete Tätigkeiten stattfindet. Allen wird versprochen, sie könnten es weit bringen – aber die gut bezahlten Jobs sind

beschränkt, jemand muss für wenig Geld Büroräume putzen. Die Anforderungen an die Bildungsabschlüsse, die nötig sind, um in diesem Verteilkampf zu reüssieren, steigen. So wird das Beherrschen eines technokratischen Jargons betriebswirtschaftlicher, psychologischer, sozialarbeiterischer, künstlerischer Herkunft zur Trophäe. In Kreisen, die einem anderen Bildungsideal folgen, mag er als Peinlichkeit erscheinen, aber für jene, denen ein solcher Jargon am Qualifikationsgespräch lohnwirksam um die Ohren geschlagen wird, ist er ein Zeichen der eigenen Niederlage.

---

### DIE STIMMEN FREILASSEN

Wenn dann auch ParlamentarierInnen beweisen wollen, dass sie die richtigen Begriffe gelernt und das unternehmerische Denken verinnerlicht haben, verkommt ihre Politik zur Volksbelehrung. Dann wirken auch sie wie Damen und Herren, die von oben herab ein Gespräch mit dem Volk führen und ihm erklären, wo das Gesundheitsverhalten optimiert, wie die Kindererziehung verbessert und die Existenzangst richtig kanalisiert, die Beziehung zum andern Geschlecht ausgewogener gestaltet werden kann – sie führen ein Beurteilungsgespräch im Prozess der gesellschaftlichen Qualitätsentwicklung. Jeder Unterschied von Links, Mitte, Rechts verschwimmt in diesen Posen.

So wie Marx gezwungen ist, poetisch zu werden, wenn er eine Wirtschaft ohne Geld beschreibt, so erhofft man sich von linken PolitikerInnen eine Sprache, die nicht im Jargon der mittleren Führungsebenen festhockt. Es geht darum, die Stimmen und Geschichten freizulassen, die in der heutigen Warenwelt herumgeistern. Aus diesen Geschichten kann deutlich werden, was Freiheit im Sinne der linken Tradition bedeutet – die Freiheit von Frau Stoichkov zu wählen, unter welchen Bedingungen sie alte Leute pflegt und unter welchen Bedingungen eben nicht.

---

Aus der Wochenzeitung (WOZ) vom  
6. Oktober 2011.

Private Pensionsvorsorge – kontraproduktiv, kompliziert, teuer, schlecht.

Von Lukas Wurz.

# ZWEITE UND DRITTE SÄULE

Das Gewirr an unterschiedlichen Formen der „privaten Pensionsvorsorge“ ist in den letzten zwei Jahrzehnten fast unüberschaubar geworden. Jeweils aus unterschiedlichen Gründen und mit höchst unterschiedlichen Zielsetzungen wurden im Husch-Pfusch-Verfahren verschiedene Elemente der „zweiten und dritten Säule“ des Pensionssystems geschaffen, die alle miteinander nicht zusammenpassen, keine Sicherheit bieten und außerdem Individuum und Gesellschaft viel Geld kosten. Kein einziges dieser Elemente hat gehalten, was die Politik bei der Einführung versprochen hat.

## URSPRÜNGE

Pensionskassen für die betriebliche „Altersvorsorge“ sind eine Folge der „Verstaatlichtenkrise“ der späten Achtziger. Große Unternehmen wie Böhler oder die Voest bemühten sich, ihre in der Hochkonjunktur gegebenen Versprechungen betreffend betrieblicher Zusatzpensionen auszulagern. Waren betriebliche Zusatzpensionen bis Mitte der Achtziger aus dem Unternehmen bezahlt (und damit zumindest im Großen und Ganzen sicher), so konnten sie ab Beginn der Neunziger an betriebs-externe Kassen ausgelagert werden. Diese hatten die Aufgabe, Betriebspensionen nicht im Betrieb über Betriebsgewinne zu „erarbeiten“, sondern über die Veranlagung am Kapitalmarkt. Den Betroffenen wurde versprochen, dass ihre Zusatzpensionen sicher seien, aber eben nur an einem anderen „Ort“ angespart“ würden.

## FALSCHES VERSPRECHEN ...

Bereits Mitte der Neunziger war absehbar, dass diese Versprechungen nicht gehalten werden konnten. Dennoch wurde der kurze Konjunkturaufschwung der Jahre 2000 bis Mitte 2001 seitens der ÖVP-Regierung dazu genutzt, weitere Elemente der kapitalmarkt-basierten „Pensionsvorsorge“ zu etablieren. Die „Abfertigung neu“ und die so genannte „Zukunftsvorsorge“. Versprochen wurden Renditen von bis zu sieben Prozent pro Jahr. Diese Versprechungen konnten – heute kann mensch sagen – logischerweise nie eingehalten werden. Es gibt seit dem Jahr 2000 kein einziges Jahr, in dem mehr als die Hälfte aller Pensionsberechtigten den Wert ihrer privaten oder betrieblichen Pensionen erhalten konnten. Und Menschen in der Ansparphase mussten jedes Jahr feststellen, dass ihre Prognose einen niedrigeren Wert angab, als im Jahr davor. Pech, quasi, dass der Kapitalmarkt in keinem einzigen Jahr die Versprechen halten konnte, die Schüssel, Grasser und Co. gegeben haben. Für die Betroffenen jedoch kein Pech, sondern – je nach Position – eine Katastrophe oder völlig irrelevant. Während Menschen, die „Privatvorsorge“ betreiben, mehr oder minder handlungsunfähig zusehen müssen, wie ihr Geld immer weniger wird und in vielen Fällen nicht einmal der Wert der seinerzeit einbezahlten Beiträge erreicht, können Versicherungen, Banken, Fondsmanager etc. auf Basis fixer Provisions-Prozentsätze (oft übrigens ausgehend von der ursprüng-

lich versprochenen Performance), Geld verdienen, und zwar unabhängig davon, ob „Gewinne“ oder „Verluste“ eingefahren werden.

## ... KOMPLIZIERTE (ÖFFENTLICHE) FÖRDERSYSTEME

Doch damit nicht genug: Seit Jahr und Tag schießt der Staat aus Steuergeldern noch erhebliche Mittel in diese Systeme. In Systeme, die für die Anspruchsberechtigten nur Verluste bringen, für die Verwalter nur Gewinne. Diese staatlichen Mittel sind nicht einfach zu berechnen: Auf der einen Seite sind es echte Förderungen wie etwa in der „Zukunftsvorsorge“, deren primäres Ziel es war, die Wiener Börse zu beleben (dafür wurde auf einen unfassbar miesen und eu-rechtlich höchst fragwürdigen Trick zurückgegriffen, aber das ist eine andere Geschichte). Auf der anderen finden wir steuerliche Freistellungen für Beiträge, entgangene Einkommens- und Gewinnsteuern, entgangene Sozialversicherungsbeiträge oder auch zukünftig zu erwartende Steuerausfälle auf Grund steuerlich begünstigter Auszahlung.

## DIE GRÜNEN FRAGEN NACH

Im Jahr 2007 hatten die Grünen einmal mittels parlamentarischer Anfrage wissen wollen, was dieses Gewirr an kontraproduktiven „Pensionsvorsorgen“ den Staat eigentlich kostete. Die Antwort war unklar. Das Finanzministerium war nicht in der Lage, die genauen Kosten zu errechnen. Etwa sechshundert Mil-

AUGE/UG-Pressaussendung (Auszug):

## Vermögen besteuern statt Spekulationskapital fördern

„Bei der steuerlichen Förderung privater Pensionsvorsorge besteht hohes Einsparungspotential. Ein Bruchteil an gestrichenen direkten oder indirekten Fördermitteln hätte schon gereicht, um zum Beispiel die Basisfinanzierung für ausseruniversitäre Forschungsinstitute, die Familienbeihilfe für StudentInnen oder für arbeitslose Jugendliche zu halten,“ sagt Markus Koza, Bundessekretär der AUG/UG, „Es muss allerdings nicht nur Schluss mit der steuerlichen Förderung von privaten Pensionsfonds und anderen Vorsorgeprodukten sein, es muss auch endlich ‚überschüssiges‘ Vermögen dahingehend abgeschöpft werden, dass weniger Kapital für riskante und spekulative Veranlagung und mehr Geld für Investitionen in Bildung, Pflege, Klimaschutzmaßnahmen, Zukunftsinvestitionen und die steuerliche Entlastung von ArbeitnehmerInnen zur Verfügung steht – auch in Österreich.“

# Unser Pensions- system bleibt das beste der Welt.

*Wolfgang Schüssel*

Dr. Wolfgang Schüssel  
Bundeskanzler

www.oevp.at

lionen Euro im Jahr konnten dargestellt werden. Das Ministerium musste aber selbst einräumen, dass es die Steuerausfälle auf Grund des Gewirrs an Systemen, Funktions- und Wirkungsweisen nicht erfassen kann. Im Jahr 2009 schließlich gab das Sozialministerium beim wifo eine Studie in Auftrag, die bereits im August 2010 fertiggestellt wurde. Fertiggestellt, aber nicht veröffentlicht ...

### TEURE PRIVATE PENSIONS-VORSORGE

Warum sie nicht veröffentlicht wurde, wird bei Durchsicht klar: Die Studie, die sich darauf beschränkt, die Systeme und ihre Wirkung nur darzustellen und nicht zu bewerten, verdeutlicht, wie unfassbar teuer und schlecht private Pensionsvorsorge in Österreich ist ... und wie teuer sie den Staat und die Gesellschaft kommt. Erstmals wird etwa festgestellt, wie viel Geld via „privater Pensionsvorsorge“ der Gesellschaft und dem Wirtschaftskreislauf entzogen und im Kapitalmarkt gebunkert wird (von wo es allenfalls tröpfelweise in den „normalen Wirtschaftskreislauf zurückkommt): 2008 waren es 8,8 Milliarden Euro. Um die Verhältnisse klarzumachen: Im selben Jahr flossen 460 Millionen Euro in Form von Leistungen an die Anspruchsberechtigten zurück. Ein Wert, der in den kommenden zwei Jahrzehnten steigen

wird, weil ja die Mehrzahl der Menschen noch in der „Ansparphase“ ist. Mathematisch ist aber völlig klar, dass der Verlust für die Volkswirtschaft zu keinem Zeitpunkt die Höhe der einbezahlten Beiträge erreichen oder gar übersteigen kann. Diese systematische Grundvoraussetzung jedes Versicherungs-Fondssystems kann gleich aus mehreren Gründen nie erreicht werden:

- Weil die Rechenzinssätze, auf deren Basis die Prämien der Betreiberinstitutionen zu Stande kommen, wesentlich überhöht sind;
- Weil die absurden Versprechungen von Gewinnen bis zu sieben Prozent pro Jahr immer absurd waren und noch in keinem einzigen Jahr erreicht werden konnten;
- Und natürlich auch, weil die Kapitalmärkte sich nicht an die Erwartungen und Versprechungen halten (diese bösen ...).

Dazu kommt noch, dass es fast schon ein betriebswirtschaftlich intelligentes Verhalten ist, große Anlagevermögen zur Stützung schlechter Werte zu verwenden. Heißt: Jedes Unternehmen, jede Bank, jeder FondsmangerIn handelt in der Marktlogik intelligent, wenn sie versucht, „unter Druck“ geratene „eigene“ Fonds und Fondsteile mit den Mitteln der privaten Pensionsvorsorge zu stützen, in der Hoffnung, diese mögen sich erholen. Nur hilft diese Marktlogik eben nicht den Versicherten.

### WAS UNS ALLEN PRIVATE PENSIONS-VORSORGE KOSTET

Aber was kostet denn jetzt eigentlich den Staat dieser Wildwuchs an privater „Pensionsvorsorge“: Das wifo errechnet 1,36 Milliarden Euro im Jahr (und bezeichnet diesen Wert aus verschiedenen Gründen als „Obergrenze“), die der Gesellschaft entweder an Steuern oder Beiträgen entgehen oder sogar direkt aus dem Budget in das desaströse System gepumpt werden. Nur um die Dimension noch einmal zu verdeutlichen: Im Jahr 2008 förderte der Staat die private und betriebliche „Pensionsvorsorge“ mit bis zu 1,36 Milliarden Euro. Diesem Betrag standen Leistungsauszahlungen von 460 Millionen Euro gegenüber.

Ach ja... Nach einer neuerlichen Anfrage der Grünen nach dem Verbleib der Studie wurde sie Anfang September 2011 nun doch veröffentlicht.

Links:

- „Grünen einmal mittels parlamentarischer Anfrage“: [www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/J/J\\_04883/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/J/J_04883/index.shtml)
- „Antwort“: [www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/AB/AB\\_04833/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/AB/AB_04833/index.shtml)
- „Veröffentlicht“: [www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/3/1/CH2081/CMS1315208951326/band6\\_cover\\_kern.pdf](http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/3/1/CH2081/CMS1315208951326/band6_cover_kern.pdf)

Im September 2011 hat die Arbeiterkammer-Oberösterreich aktuelle Daten zur Einkommensverteilung veröffentlicht. Ein Ergebnis gleich vorneweg: Die ArbeitnehmerInneneinkommen bleiben weit hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, die Nettoeinkommen sind seit 1994 real sogar leicht gesunken. Innerhalb der Lohnabhängigen wächst die Ungleichheit. *Von Markus Koza.*

# WACHSENDE UNGLEICHHEIT

## ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE

Die Lohnquote (Anteil der Löhne am gesamten Volkseinkommen) ist seit 1994 von 74,7 auf 68,8 Prozent im Jahr 2010 gesunken. Für 2011 wird ein weiterer leichter Rückgang auf 68,5 Prozent, für 2012 eine Stabilisierung auf 68,6 Prozent prognostiziert. Vom Tiefstand 2007 (65,1 Prozent) hat sich die Lohnquote lediglich aufgrund des massiven Einbruchs der Gewinne im Zuge der Wirtschaftskrise kurzfristig wieder „nach oben“ entwickelt. Mit dem Anteil von knapp unter 69 Prozent liegt die aktuelle Lohnquote unter jener von 2003. Ein Prozentpunkt macht dabei rund 2,2 Milliarden Euro – mehr oder weniger Löhne für die ArbeitnehmerInnen in Österreich – aus.

## PRODUKTIVITÄT, BRUTTO- UND NETTOEINKOMMEN

Seit 1994 ist die Produktivität („Output“ pro ArbeitnehmerIn) der unselbstständig Beschäftigten um 23,9 Prozent (Prognose 2012) gestiegen. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Arbeit einer durchschnittlichen ArbeitnehmerIn also beinahe um ein Viertel gestiegen. Deutlich zurück bleibt dagegen die Lohnentwicklung. Die Bruttolöhne sind real (in Kaufkraft gemessen) lediglich um 5,2 Prozent gestiegen (im Niedrig-

lohnbereich gab es sogar massive Reallohnverluste). Die Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen (Einkommen abzüglich Sozialversicherungsbeiträge und Steuern) sind sogar gesunken. Im Vergleich zu 1994 um –0,5 Prozent.

Interessant: über den ganzen Zeitraum seit 1994 verlieren die Nettoeinkommen deutlich, 1997 sogar um beinahe sieben Prozent. Lediglich 2009 (dank guter Vorjahreslohnschlüsse und wohl auch der Steuerreform geschuldet) gab es im Vergleich zu 1994 leichte Nettoeinkommenszuwächse von 0,7 Prozent. Die allerdings bereits 2010 wieder egalisiert wurden und 2011 ins Minus drehten (–0,8 Prozent). Wenn die Produktivität steigt, die Löhne allerdings kaum, dann kommt das logischerweise den Kapitaleignern zugute: Während die Löhne (kumuliert) seit 1994 um 72 Prozent gestiegen sind, sind die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit (Gewinne) und Vermögen um 131 Prozent fast doppelt so schnell gewachsen.

Die Arbeiterkammer: „Obwohl die Gewinne steigen, bleiben Beschäftigungsentwicklung und Investitionen schwach. Das bedeutet, dass Gewinne nur zum Teil produktiv investiert werden. Ein hohes Ausmaß fließt als Dividenden in die Hände der AktionärInnen und wird für Firmenaufkäufe sowie spekulative Finanzanlagen verwendet.“

Tatsächlich: Obwohl die Gewinne vor allem in den börsennotierten Unternehmen sprudeln, geht die Beschäftigung zurück. Während das Gewinnniveau der ATX-Unternehmen im Mai 2011 mit 5,3 Milliarden Euro (Dividendenausschüttungen: 2,1 Milliarden Euro) bereits wieder Vorkrisenniveau erreicht hat, sind seit 2009 vierundzwanzigtausend Jobs in diesen Unternehmen verlorengegangen. Würden die AktionärInnen auf nur ein Viertel an Ausschüttungen verzichten, könnten damit dreizehntausend Arbeitsplätze finanziert werden.

## WACHSENDE LOHNUNGLEICHHEIT

Ist schon die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit ungleich verteilt, wächst auch die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen:

- 2009 verdienen zehn Prozent der Top-VerdienerInnen 30,3 Prozent aller Löhne und Gehälter. Rund vierhunderttausend Höchstverdienende bekommen vom Lohn- und Gehaltskuchen rund 33,7 Milliarden Euro.
- Für die NiedrigverdienerInnen heißt das umgekehrt: Die einkommensschwächsten „unteren“ sechzig Prozent aller Lohn- und GehaltsbezieherInnen verdienen gerade einmal achtundzwanzig Prozent aller Löhne und Gehälter. Das

heißt in absoluten Zahlen: 2,4 Millionen ArbeitnehmerInnen erhalten zusammen gerade einmal 31,3 Milliarden Euro an Lohneinkommen.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Verteilung der Lohneinkommen deutlich zugunsten der SpitzenverdienerInnen verschoben. Während das nominelle Einkommensplus bei den oberen zehn Prozent pro Kopf bei +41 Prozent liegt, legte das „gutverdienende“ Drittel insgesamt um 35 Prozent zu, das „mittlere“ Einkommensdrittel schon nur noch um 22 Prozent und das einkommensschwächste Drittel schon überhaupt nur noch um verschwindende 0,5 Prozent. „Während der kleinen Gruppe der Einkommensstärksten noch weitere Erträge aus Kapital und Vermögen (Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen etc.) zufließen, müssen alle anderen mit den teils mageren Zuwächsen auskommen. Die geringsten Einkommen werden bei geringfügiger und Teilzeitbeschäftigung sowie bei niedrig entlohnten Vollzeitjobs bezahlt, wovon überwiegend Frauen betroffen sind.“

### SPITZENGAGEN

Top-Manager in Österreich verdienen so viel wie 41 ihrer MitarbeiterInnen. Die Spitzenmanager von ATX-Unternehmen verdienen durchschnittlich 1,15 Millionen Euro im Jahr (2010). Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein sattes Plus von zwanzig Prozent, eine Steigerung, von der ArbeitnehmerInnen nur träumen können (und was mich zur ausgesprochen unqualifizierten Äußerung „Was war eigentlich deren Leistung?“ – nicht jene der ArbeitnehmerInnen, sondern jene der Top-Manager – hinreißen lässt). Aber auch anderen Führungskräften geht es eigentlich ganz gut. Eine durchschnittliche Führungskraft ging 2010 mit 186.200 Euro im Jahr nach Hause. Immerhin um fünf Prozent mehr als noch 2009. Auch von diesem Prozentsatz können ArbeitnehmerInnen nur träumen ...

### TEURES LEBEN

Seit 2009 und 2010 steigt die Inflation wieder. 2011 werden die Preise für Güter und Dienstleistungen um drei Prozent steigen, Güter des täglichen

Bedarfs weisen besonders hohe Preissteigerungen auf. In den letzten sechs Jahren sind laut AK die Preise für den „Tages- und Wocheneinkauf“ um achtzehn beziehungsweise einundzwanzig Prozent gestiegen.

Hohe Preise für Güter des „täglichen Bedarfs“ treffen natürlich vor allem einkommensschwächere Gruppen, weil diese einen ungleich höheren Anteil ihres Einkommens für derartige Güter und Dienstleistungen als einkommensstärkere ArbeitnehmerInnen aufbringen müssen:

- So muss das einkommensschwächste Zehntel aller Haushalte 62,5 Prozent ihres Budgets für Energie, Wohnen, Ernährung und (alkoholfreie) Getränke ausgeben.
- Das „mittlere“ (5.) Zehntel schon nur noch 41,8 Prozent.
- Das einkommensstärkste Zehntel überhaupt nur noch 24,5 Prozent.

### ARMUT UND REICHTUM

488.000 Menschen (das sind sechs Prozent der österreichischen Bevölkerung) sind akut arm. Weitere rund 500.000 Menschen sind aufgrund niedriger Einkommen (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens, 2009 sind das 994 Euro im Monat für einen Ein-Personen-Haushalt) armutsgefährdet. Armutsgefährdete Personen haben in der Regel monatlich weniger als 823 Euro zur Verfügung. 241.000 Menschen sind trotz Arbeit arm. Rund die Hälfte von ihnen (rund 117.000 Personen) sind dabei sogar ganzjährig Vollzeit beschäftigt.

Wer von Armut spricht, darf vom Reichtum nicht schweigen: 2010 gab es in Österreich 73.900 Euro-MillionärInnen (um sieben Prozent mehr als noch 2009). Nicht nur die Millionäre, auch die dazugehörigen Millionen sind mehr geworden. Von 2009 bis 2010 hat sich der „Reichtum“ der MillionärInnen um 20 Milliarden Euro (+8 Prozent) auf 230 Milliarden Euro erhöht. Für 2012 wird den österreichischen MillionärInnen ein Vermögen von 315 Milliarden Euro prognostiziert.

### FORDERUNGEN DER ARBEITERKAMMER

Aus den angeführten Zahlen, Daten und Fakten zieht die Arbeiterkammer

folgende Schlüsse und daraus formulierte Forderungen (Auswahl):

- Mindestlohn von 1300 Euro brutto,
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit,
- Deutliche Kaufkraftstärkung insbesondere niedriger Einkommen,
- Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von hohen Managergehältern,
- Bindung von Prämien an soziale, beschäftigungsrelevante und ökologische Kriterien,
- Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust und mit Ausgleich beim Personal,
- korrekte Abgeltung und Abbau von Überstunden durch zum Beispiel höhere Zuschläge,
- Schluss mit kurzen Verfallsfristen von Ansprüchen und von nachteiligen „All-In“-Regelungen,
- Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 75 Prozent, Streichung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe,
- Mindestsicherung auf existenzsicherndem Niveau (deutlich über der Armutsschwelle bei 1031 Euro, zwölfmal jährlich),
- Bekämpfung der Scheinselbständigkeit durch Erweiterung des ArbeitnehmerInnenbegriffs,
- volle arbeitsrechtliche Absicherung freier DienstnehmerInnen (Mindestlohn, Arbeitszeit, Urlaub etc.),
- Vermögenssteuer auf hohe Privatvermögen (ab siebenhunderttausend beziehungsweise einer Millionen Euro),
- Börsenumsatzsteuer bis zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer,
- deutlich niedrigerer Einstiegssteuersatz bei der Lohnsteuer.

Linktipp: Broschüre „Gerechter Anteil am Wohlstandszuwachs durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen – Aktuelle Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung“ auf [www.akoee.at](http://www.akoee.at).

Bildungsvolksbegehren vom 3. bis 10. November 2011 unterstützen

## GLEICHBERECHTIGUNG, DAS MENSCHEN-

### Falls ihr an einer besseren Bildungssituation interessiert seid

Den Ignorierungsbemühungen der „Sparefrohs“ zum Trotz sollten wir uns für die Aktivierung von Unterstützungen des Bildungsvolksbegehrens etwas einfallen lassen. Ausser Veranstaltungen fällt mir eine weitere Möglichkeit ein, nämlich ein paar Tage vor dem 3. November eine Flut von Leserbriefen an erreichbare Medien zu schicken und damit Druck zu machen. Besonders die Samstagsausgaben davor wären recht gut geeignet. Ich werd zum Beipiel etwa so schreiben: „Wenn wir auf ein Begehren warten, das alle unsere Wünsche nach Verbesserungen im Bildungswesen beinhaltet und nichts enthält, was uns nicht so gut vorkommt, dann wird sich gar nichts verbessern. Die jetzige Gelegenheit zur Unterzeichnung des Bildungsvolksbegehrens bei den Gemeindeämtern sollten wir alle wahrnehmen, um der Regierung zu demonstrieren, dass wir bei der Benachteiligung der kommenden Generationen nicht passiv zusehen, sondern rasch Verbesserungen erleben wollen. Hingehen und unterschreiben, vom 3. bis zum 10. November!“. Bitte nicht wörtlich übernehmen, sondern selber formulieren :-)

Liebe Grüße, Wilfried Mayr, Lehrer und Gewerkschafter

### Diskussion in der UG

Bei den Unabhängigen GewerkschafterInnen, vor allem bei denen in der GÖD, hat es lebhaft Diskussionen über das Bildungsvolksbegehren gegeben. Wir wollten diese zusammenfassen und unseren Standpunkt dazu klären: Was will das Volksbegehren, was wollen wir? Dazu gab es einen Diskussionsabend am 14. April 2011 im KIV-Club.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst (UGöD) und die Österreichische LehrerInneninitiative ÖLI/UG appellieren an die KollegInnen in allen Dienststellen und Betrieben, auf das Bildungsvolksbegehren hinzuweisen. Der WeltlehrerIntenatag 2011 stand unter dem Motto „LehrerInnen für Gleichberechtigung“ – das gilt für LehrerInnen, wenn es um Schulleitungsposten geht und ebenso für SchülerInnen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unabhängig von Muttersprache, Einkommen und Bildungsabschlüssen der Eltern. Das Bildungsvolksbegehren kann ein Impuls sein, bestehende Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden und die verantwortlichen PolitikerInnen in Regierung und Parlament zur Abkehr von der herrschenden Ungleichbehandlung und dem restriktiven Bildungsbudget des Finanzrahmengesetzes zu bewegen: „Get up, stand up, stand up for your rights!“ sang Bob Marley gegen soziales Unrecht. Für Unabhängige GewerkschafterInnen in Österreich heißt das: Für eine ausreichend und öffentlich finanzierte demokratische, sozial-integrative österreichische Schulreform aufstehen, von 3. bis 10. November aufs Gemeinde- oder Bezirksamt gehen und das Bildungsvolksbegehren unterschreiben. Jede und jeder persönlich. In echt.

## RECHT AUF BILDUNG

- Weil das österreichische Schulsystem die Gleichberechtigung aller Kinder und Jugendlichen noch immer nicht gewährleistet!
- Weil Herkunft und Status in hohem Maß Bildungschancen und Zukunft der in Österreich heranwachsenden jungen Menschen vorherbestimmen!
- Weil individuelle Förderung in übervollen Klassen und ohne StützlehrerInnen (zum Beispiel für nicht-deutschsprachige Kinder) nicht verwirklicht werden kann!
- Weil universitäre wie praktische Ausbildung aller LehrerInnen für alle Schulstufen und Schultypen und auch für KindergartenpädagogInnen immer noch fehlt!
- Weil ein gemeinsames demokratisches Dienstrecht aller LehrerInnen und attraktive Einstiegsgehälter notwendig und überfällig sind!
- Weil Österreich ein reiches Land ist, und Bildungsinvestitionen für jede und jeden und für die Gesellschaft als Ganzes notwendige und dazu noch krisensichere Zukunftsinvestitionen sind!

## Her mit den Bildungsmilliarden

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB und in der GÖD treten nicht erst seit den von der Regierung rasch bereitgestellten Bankenpaketen für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste ein. Bildung kostet. Österreich ist ein reiches Land, nur muss der Reichtum allen Menschen, allen Kindern, die hier leben, zugute kommen. Kindergärten, Schulen und Universitäten sind chronisch unterfinanziert. Bildungsinvestitionen schaffen Arbeitsplätze und sind Investitionen für eine bessere, menschenfreundlichere Zukunft, nicht nur in Österreich.

## Demokratische Mitbestimmung und ausreichende Budgetmittel

Die Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens durch die UGöD schließt Kritik am vorliegenden Text nicht aus: Die Unabhängigen GewerkschafterInnen verbinden daher ihre Zustimmung mit der expliziten Forderung nach demokratischen Mitbestimmungsrechten der Eltern, SchülerInnen, PädagogInnen, der Lehrenden und Studierenden und nach ausreichender Finanzierung aller Bildungseinrichtungen durch die öffentliche Hand. Schulautonomie verstehen wir als verstärkte Mitbestimmung der an den Schulen Beschäftigten, der LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern auf Basis einer ausreichenden Budgetierung der Schulen und Kindergärten durch die öffentliche Hand ist. Das gilt auch für die finanziell ausgehungerten Universitäten: Sie brauchen eine drastische Aufstockung der öffentlichen Mittel und die 2002 abgeschafften Mitbestimmungsrechte der Lehrenden und Studierenden. Autoritäre Mangelbewirtschaftung durch „autonome“ Rektoren und das Diktat der markt-abhängigen Drittmittelbeschaffung auf Kosten des universitären Bildungs- und Forschungsauftrages müssen überwunden werden. Es geht um das Menschenrecht auf Bildung für alle, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, ihrer Herkunft, von Geschlecht oder Religion. Es geht um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, um ihre Chancen auf Teilhabe am österreichischen und Europäischen Arbeitsmarkt sowie am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

auf sein  
im Stall  
Ich kenn  
versteht  
spreche. M  
reiten. Es  
Heu oder  
aber sch

## Liebe Österreicher und Österreicherinnen

Angebliche Skandale, unsinnige Vorwürfe und böartige Gerüchte vergiften das öffentliche Leben. Eilends lange Prozesse und teure Untersuchungs-

ausschüsse, die eh nix bringen, behindern die politische Arbeit. Deshalb macht die Bundesregierung einen mutigen Schritt vorwärts und erklärt:

# JA WIR SIND EINE BANANENREPUBLIK



"heute esse ich eine Banane für **ÖSTERREICH**" W. Faymann

Die Bundesregierung hat eine renommierte Lobbyistenfirma beauftragt ein neues Republik logo zu entwerfen. Für nur wenige Millionen hat ein berühmter Künstler atemberaubende Ent-



"Diese krummen Dinger sind super" M. Spindelegger

würfe präsentiert. Wir sind stolz das neue Staatswappen der Öffentlichkeit vorzustellen. Es wird von unseren Sportlern und Sportsfrauen in die ganze Welt getragen werden!





Kommt alle zum Tag der Banane am Heldenplatz und lasst  
ICH GELOBE DIE BANANENREPUBLIK ÖSTER



euch von der brandneuen Bundeshymne<sup>©</sup> überraschen!

Heimat bist du ganz ganz toller Töchter und ziemlich mißbräuterer Söhne



## Unabhängige Personalvertretung im Öffentlichen Dienst und im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

Von Ingo Hackl.

# UND ES GIBT SIE DOCH

### WIE ALLES BEGANN

Man schrieb das Jahr 2008. Es war das Jahr vor der großen Wahl (Bundespersonalvertretungswahlen), und es war das Jahr, in dem alles begann. Einer dachte sich, so kann es nicht weitergehen, in der Personalvertretung muss sich was ändern. Rot, schwarz, blau. Da muss es doch noch etwas geben. Etwas, das besser ist; etwas, das anders ist; etwas, bei dem der Mensch (in diesem Fall die Bediensteten im Öffentlichen Dienst) im Mittelpunkt steht. Auf den ersten Blick war da nichts, was wirklich attraktiv oder interessant gewesen wäre. Die Suche nach Alternativen begann.

### WOHIN SICH WENDEN

Eine Telefonnummer ist zwar schnell gewählt, aber der Weg zu dieser Telefonnummer ist mitunter oft lang. Und manchmal braucht es auch Umwege. Um am Ziel anzukommen, muss man mitunter ein paar Schritte zurückgehen, um einen einzigen Schritt voran-

zukommen. So landete ich im ersten Ansatz bei den Grünen:

- Interesse: ja
- Unterstützung: jein
- Organisationsstruktur: nein

Aber über diesen Umweg erhielt ich den entscheidenden Hinweis, dass es da noch etwas gibt, das das Richtige sein könnte. Und dieses Etwas fand sich im Kreis der Unabhängigen Gewerkschaften. Eine (gar nicht so) kleine, feine, bunte Truppe – Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und Ausgegliederte (UGÖD).

### DER ERSTE KONTAKT

Wieder ein Anruf. Wieder ein Treffen. Bin ich jetzt hier richtig oder doch wieder falsch? Skepsis meinerseits und Skepsis seitens der UGÖD. Jemand von der Landesverteidigung? Hm, ein ziemlicher Exote. Bestimmt ein Militarist oder doch nur ein Militär oder ...? Aber es passte. Die Ideen passten, die Personen passten und die Überzeugung passte. Freude seitens der UGÖD, Freude meinerseits. Man sagte mir, dass es im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport noch keine UGÖD-Vertretung gebe. Absichtserklärungen hatte es schon von einigen gegeben, die Umsetzung war jedoch nie zustande gekommen. Sollte hier nun tatsächlich jemanden sein, der es wirklich in die Hand nehmen will? Oh ja, das wollte ich, damit begann das Laufen und Kämpfen.

### DER WAHLKAMPF

Formulare, Bürokratie, viele und lange Wege, MitstreiterInnen suchen, eine Struktur schaffen. Im Bereich der Landesverteidigung achtet man Menschen, die einen aussichtslosen Kampf aufnehmen und für eine Sache eintreten. Darum gelang es wohl, nach vielen, vielen Gesprächen mit KollegInnen an einigen Dienststellen in Wien, genügend Unterstützungsunterschriften zu sammeln, um regional (auf Dienststellenebene) und österreichweit (Zentralausschussebene) als eigene Liste bei der Personalvertretungswahl antreten zu können. Allein diese überwiegend konstruktiven und vielfach berührenden Gespräche wären es schon wert gewesen, die Mühe auf sich zu nehmen. Dass es dann tatsächlich auch noch gelang, kandidieren zu können, war eine überraschende, aber sehr schöne Erfahrung. Es ging aber nicht nur darum, Unterstützungsunterschriften zu bekommen, sondern auch, MitstreiterInnen zu begeistern. Interessierte gab es einige, auch so manche Zusagen, doch letztendlich kam allen der Mut, sich der Wahl als Kandidat zu stellen, wieder abhanden (Kandidatin gab es keine). Hieß das nun allein gegen den Rest der Welt? Ob das überhaupt gut gehen kann? Egal, die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Plötzlich fand sich doch ein zweiter. Ihm missfiel der Gedanke, mich allein auf die Schlachtbank zu schicken, und er sagte spontan zu, mitzumachen.



**INGO HACKL**  
IST MITGLIED IM  
DIENSTSTELLENAUSSCHUSS  
DES BMLVS, IM UGÖD-  
BUNDESVORSTAND UND  
IM KOORDINATIONS-  
AUSSCHUSS DER  
UNABHÄNGIGEN -  
GEWERKSCHAFTERINNEN.

---

## DER WAHLTAG KAM NÄHER

„Unabhängig – Konkret – Kompetent“ waren unsere Schlagworte. Das Einstehen für eine transparente Informationspolitik; das Garantieren einer sachorientierten Interessensvertretung und faire aber harte Verhandlungen mit der Dienstgeberseite waren die Hauptansätze. Die Stimmen flossen für die anderen, für uns tröpfelten sie. Nach der Auszählung wurde klar: Österreichweit gab es zu wenige, aber an der Dienststelle hatten wir tatsächlich ein Mandat erreicht.

---

## DIE ZEIT DANACH

Die Aufregung bundesheerintern und auch extern war groß. Nie hätte man sich im Ernst gedacht, dass eine grün-affine, unabhängige Gruppierung es schaffen könnte, in der althehrwürdigen Landesverteidigung mehr als ein paar Sympathisanten zu finden. Uns wurde gratuliert und gleichzeitig Beileid gewünscht. Viele, denen wir als Personen am Herzen lagen, fürchteten, dass wir nun von den alten Machtstrukturen entsprechend gegängelt und zerrieben werden würden, wenn wir tatsächlich versuchten, unsere Ankündigungen wahr zu machen. Nun begann also der „Ernst des Lebens“, nämlich die Arbeit als Personalvertreter. Anfänglich wurde mir als Kleinfraktion noch Misstrauen und Unsicherheit entgegengebracht. Es dauerte ein bisschen, bis den Gegenübern klar wurde, dass es mir nicht um Rebellion um der Rebellion wegen ging, sondern darum, die Interessen der Bediensteten so gut wie möglich zu vertreten und dabei, wenn es sein musste, auch die ausgegrenzten Wege zu verlassen. Von Sitzung zu Sitzung, von Verhandlung zu Verhandlung zollte man mir mehr und mehr Respekt, erkannte an, dass ich lösungsorientiert arbeitete ohne zu apportieren, wenn der Dienstgeber versuchte „Bring“ zu rufen. Ohne mich zu ducken, wenn ...

Den wohlwollenden und auch nicht so wohlwollenden Unkenrufern zum Trotz trat nichts von dem ein, was mensch vorab prophezeit hatte: Kein Ausgestoßen-, kein „Fertig-gemacht-werden“, kein Spott, kein Hohn. Sondern zunehmend Zusammenarbeit,

Akzeptanz, Respekt und Zusammenhalt im Kollegialorgan Dienststellenausschuss. Ganz im Sinne einer Personalvertretung für alle, die Unterstützung brauchen.

---

## ALLTAG

Es war erstaunlich, wie schnell auch das Feuer „alter“ PersonalvertreterInnen, dass im Laufe vieler Jahren des Auflehns und Bemühens zu einer leisen Glut zusammengeschumpft war, durch den frischen Wind, den man mit Einsatzbereitschaft, Entschlossenheit und neuen Ideen mitbringt, wieder entfacht werden kann. Plötzlich war es wieder möglich, mit neuer Energie auch gegen alte Wände (wieder) anzurennen. Einige begannen tatsächlich zu bröckeln, einige fielen sogar.



---

## ERFOLG?

Das große „Problem“ in der Personalvertretungsarbeit ist es, dass man, weil der Verschwiegenheit verpflichtet, Erfolge für Bedienstete nicht lauthals verkünden kann. Nur die Betroffenen selbst könnten darüber berichten. Oft handelt es sich aber auch um Angelegenheiten, die tief in den persönlichen Bereich hineinreichen, weswegen Öffentlichkeit gern vermieden wird. Als PersonalvertreterIn kann man stolz darauf sein, sich darüber freuen. Aber hausieren geht man damit selbstverständlich nicht. Fest steht: Mensch kann einiges bewegen.

---

## WIE GEHT ES WEITER?

In den eineinhalb Jahren meiner Tätigkeit erhielt ich viele positive Rückmeldungen von KollegInnen, die mit ihren Anliegen zu mir kamen. Oft war es möglich, zu einem Einvernehmen mit der Dienstgeberseite zu kommen. Aber auch dort, wo dies nicht im gewünschten Maß erreicht werden konnte, wurde als wohltuend empfunden,

dass sich jemand der Sache annimmt, sich einsetzt und ein offenes Ohr hat. Natürlich gab es auch kritische Stimmen. Diejenigen, die sich den großen Umbruch erwartet hatten, mich als den Cowboy gesehen hatten, der wild um sich schießend alles niedermähen würde. Diejenigen musste ich leider enttäuschen.

Ein Mensch allein kann zwar viel bewegen, aber nicht die Welt aus den Angeln heben. Außerdem ist nach meinem Verständnis „einen Kampf aufzunehmen“ nicht gleichbedeutend mit „Amok zu laufen“. Erwartungen, dass sich alles auf einen Schlag ändern würde, konnten nicht erfüllt werden und können wohl nirgendwo erfüllt werden, wo auf ein respektvolles und wertschätzendes Klima abgezielt wird. Wenn nun schon einer so einiges bewegen kann – wieviel mehr könnte wohl erreicht werden, wenn sich an vielen Dienststellen engagierte, mutige, hartnäckige Leute finden, die sich gemeinsam anschicken, etwas zu bewegen?

---

## DIE ZUKUNFT

2014 sind die nächsten Wahlen, die Basis der unabhängigen, kompetenten Interessensvertretung der Bediensteten muss eine breitere werden. Es darf nicht auf eine Dienststelle, nicht auf ein Bundesland beschränkt bleiben. Drei Jahre sind kurz, sehr kurz. In erster Linie bedarf es engagierter Menschen, die willens sind, sich für ihre KollegInnen im Rahmen der Personalvertretung einzusetzen. Und es braucht Koordination und Organisation von Interessierten, um in der Zusammenarbeit die notwendige Stärke zu entwickeln und gemeinsam laut genug zu werden, damit man uns nicht überhören kann. Man muss nicht auf die Pensionierung warten, um seine innere Ruhe wiederzufinden. Für Verbesserungen einzutreten, bringt sofort spürbare Erleichterung ;-)

---

Wenn Du an einer Mitarbeit interessiert bist und eine Fraktion im Rahmen der UGÖD gründen willst und im Bereich des BMLVS tätig bist, dann melde Dich einfach: [ingo.hackl@chello.at](mailto:ingo.hackl@chello.at).

GdG-KMSfB:  
Der Gewerkschaftstag 2011 fand Ende September statt.  
Von Thomas Kerschbaum.

# WAHLEN: BITTE MÖGLICHST SELTEN

**E** gibt sicher spannendere Themen in der Gewerkschaftsarbeit als die Geschäftsordnung der „Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“ (GdG-KMSfB). Wie alle anderen Gewerkschaften des ÖGB muss sich auch die GdG-KMSfB als Teil des Vereins ÖGB eine Geschäftsordnung geben, die auf den Statuten des ÖGB aufsetzt. Diese Geschäftsordnung ist die Verfassung der Gewerkschaft und regelt auch die Rechte der Mitglieder und die Funktionsweise der Organisation.

Ja, sicher. Die KIV/UG ist nervig. Besonders auf einer Gewerkschaftskonferenz. Die KIV/UG überlegt sich Anträge und auch ein paar (demokratische) Änderungen für die Geschäftsordnung der GdG-KMSfB. Die KIV/UG ist mittlerweile die dritte Bundesfraktion, denn natürlich gibt es auch eine Regelung zur Anerkennung von Fraktionen in der Geschäftsordnung. Dass wir nervig sind, sagen immer wieder Delegierte und FunktionärInnen der

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG/SPÖ) und manchmal auch der Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG/ÖAAB/ÖVP). Denn über Anträge diskutieren und abstimmen kostet Zeit und die könnte man ja auch mit schöneren Dingen, zum Beispiel einem Referat des SPÖ-Bürgermeisters oder einem Besuch im Schweizerhaus, verbringen. Diesmal hat es uns ein FSG-Delegierter aus Kärnten gesagt. Er hat mich auch persönlich angesprochen (also, ich bin besonders nervig), aber leider kenne ich ihn nicht, durch besonderes Engagement in der Gewerkschaft ist er nicht aufgefallen, aber sicher bei den Freizeitaktivitäten der FSG-KollegInnen.

Ein kleine Geschichte, die ein wenig die Stimmung auf diesem Gewerkschaftstag der GdG-KMSfB darstellt: Im Vorfeld wollte die FSG-Führung die Diskussion über Anträge so kurz und klein wie möglich halten. Es soll insbesondere für die Medien und für die SPÖ-Führung gezeigt werden, diese FSG-Führung hat die Gewerkschaft im Griff und sagt, wo es lang geht. So wurden von einer Antragsprüfungskommission in bewährter Weise völlig abgehoben und befreit von demokratischen Überlegungen so genannte Leitanträge des Bundesvorstands erstellt. Eine wenig systematische Sammlung von Forderungen, die selbst für altgediente GewerkschaftsfunktionärInnen schwer zu lesen ist. Die Minderheitsfraktionen FCG und KIV wurden aufgefordert,

möglichst keine eigenen Anträge zu stellen. Der kleinste Nenner unter der Führung der FSG-Führung ist noch immer der beste Nenner und erspart uns Zeit für lästige Diskussion und Abstimmungen. So blieben den Delegierten auch nur zwei Stunden am Ende des Gewerkschaftstages, der aus einem Tag Fraktionskonferenz und einem Tag allgemeiner Konferenz bestanden hat, um über das inhaltliche Programm der Gewerkschaft zu reden und abzustimmen. Nun hat für die FSG und die FCG die Antragsprüfungskommission eine wichtige Rolle: Diese Kommission (besetzt nach den Mehrheitsverhältnissen in der Gewerkschaft) gibt auch Empfehlungen, wie denn die Delegierten abstimmen sollten. Das erspart Zeit, vor allem für das Durchlesen und Nachdenken. Die KIV war nervig: Wir haben Anträge gestellt – und auch Abänderungsanträge für die Geschäftsordnung – und wir haben uns zu Wort gemeldet. Eh kurz, damit es nicht zu schwierig wird.

Kurz: Die Anträge der KIV/UG wurden erstaunlich oft auch von den Fraktionen FSG und FCG, die immer geschlossen abgestimmt haben, angenommen. Aber bei den wichtigen gewerkschaftspolitischen und vor allem inner-organisatorischen Anträgen der KIV gab es Zuweisungen oder Ablehnungen. Wobei die Diskussion über die Geschäftsordnung interessant war: Wie kann man die FunktionärInnen der FSG und FCG zum Reden brin-



THOMAS KERSCHBAUM  
IST KIV-PERSONAL-  
VERTRETER IN WIEN.

gen? Genau. Man stellt Anträge zur Geschäftsordnung. Die KIV/UG fordert eine Demokratisierung und Öffnung der Gewerkschaft. Solche Anträge haben wir gestellt und prompt die geschlossene Ablehnung der Partefraktionen bekommen. Selber schuld. Aber auch wenn die Wortmeldungen mancher Partei-GewerkschaftsfunktionärInnen nur mit viel Zynismus zu ertragen sind, es ist natürlich wieder einmal tragisch für die Gewerkschaftsbewegung, dass auch nur die kleinste Demokratisierung so einen geschlossenen Widerstand der FSG/FCG-FunktionärInnen hervorruft.

Dazu ein Beispiel: Die Führungen der Gewerkschaften GdG-KMSfB und GÖD (schön verteilt auf SPÖ und ÖVP) wollen die Funktionsdauer im ÖGB und in den Gewerkschaften auf fünf Jahre verlängern und die Gewerkschaftskonferenzen nur alle fünf Jahre abhalten. Geld soll das sparen und für die Stabilität der Gewerkschaft ist es auch gut, sagen zum Beispiel der Vorsitzende der GdG-KMSfB (Landtagsabgeordneter der SPÖ in Wien) und der Vorsitzende der GÖD (ÖVP-Abgeordneter im Nationalrat). Nun, jedenfalls ist es gesetzlich nicht möglich: Der ÖGB und damit auch die Gewerkschaften als Teil davon sind ein Verein und 2002 wurde das Vereinsgesetz so geändert, dass jetzt zwingend eine Mitglieder- beziehungsweise Delegiertenversammlung alle vier Jahre abzuhalten ist. Warum fordern die Führungen der anderen

Gewerkschaften des ÖGB das nicht? Ganz einfach: In der GdG-KMSfB gibt es tatsächlich Wahlen (und mit der neuen Geschäftsordnung in allen Landesgruppen), die die Zusammensetzung der Organe und Gremien der Gewerkschaft bestimmen. In der GÖD gibt es zumindest noch ein Umlageverfahren, das das Ergebnis der Wahlen der betrieblichen Interessenvertretung mehr oder weniger demokratisch widerspiegelt. Wahlen sind ein zentrales Element der Demokratie – besonders wichtig für Gewerkschaften.

Die KIV/UG stellte den Antrag, diese Bestimmungen, dass die Funktionsperiode auf fünf Jahre ausgedehnt werden kann, aus der Geschäftsordnung zu nehmen, nicht nur, weil das nicht dem Vereinsgesetz 2002 entspricht, sondern weil die Ausdehnung der Funktionsperiode weniger Wahl bedeutet, ein zutiefst undemokratischer Akt. Die Berufung der FSG/FCG-ÖAAB auf die Arbeiterkammer mit der fünf-jährigen Wahlperiode macht die Sache nicht besser und legt vielmehr den Finger auf ein großes Problem der österreichischen Gewerkschaftsbewegung: Es gibt keine Demokratie, nur in einer einzigen Gewerkschaft richtige Wahlen – und damit haben die Partefraktionen auch ihre liebe Mühe.

Ja, ist es nicht furchtbar, dass die schwarz-blaue Regierung kommen musste, um ein paar Demokratisierungsschritte für die Gewerkschaften zu bringen: Zum Beispiel das passive

Wahlrecht für alle – egal welche Staatsbürgerschaft – bei Arbeiterkammer und Betriebsrat oder auch die Veränderung des Vereinsrechts.

Wenn schon Wahlen, dann möglichst selten ... Dieses Motto der Partefraktionen bezieht sich ja nicht nur auf die Wahlen in der Gewerkschaft, sondern spiegelt ihr ganzes Verständnis von Gewerkschaft wider. Die Geschäftsordnung dient der SPÖVP-Gewerkschaftsführung dazu, möglichst viele bürokratischen Hürden für Mitglieder aufzutürmen, um überhaupt in Organe und Gremien zu kommen, die in irgendeiner Weise Entscheidungen für die Gewerkschaft treffen können. Kontrolle, Stabilität, Ruhe, Abhängigkeit von Staat und Partei – diese Sammlung von Begriffen, die mir zur Politik der FSG/FCG-ÖAAB-Führung der Gewerkschaften einfallen, ließe sich sicher noch erweitern. Was tun? Jeder noch so gut gemeinte Aufruf, dass die Gewerkschaften doch endlich kämpfen müssen und in den Betrieben Aktionskomitees und wer weiß, was noch alles machen müssten, ist angesichts dieser inner-gewerkschaftlichen Machtverhältnisse wohl etwas naiv. So manche linke Gruppe verteilt und verkauft ja unermüdlich Zeitungen und politisches Werbematerial. Das mag vielleicht ein paar Spenden bringen, aber sicher keine Veränderung in den Gewerkschaften. So mühsam es klingt: Es gibt

*Bitte umblättern*



## KIV-Konferenz

**Im Rahmen des Gewerkschaftstages der GdG-KMSfB.**

Der 28. September war den Fraktionen gewidmet. Zur KIV-Konferenz kamen über hundert KIVlerInnen und Gäste. Grussworte und Abschiede säumten den Weg durch Organizing und Vernetzung. Vormittags ein Referat von Kollegen Viotl (vida) über das Organisieren von gewerkschaftlichem Widerstand (*mit* den KollegInnen, nicht *für* die KollegInnen, Ansetzen bei deren Bedürfnissen), Nachmittags eine Podiumsdiskussion mit KollegInnen aus Berufsverbänden und oder grosser Erfahrung. Ein abwechslungsreicher Tag.

nur diese eine Gewerkschaft und es ist auch keine große Verschwörung der Führung, dass die Gewerkschaft so aussieht. Es ist der Zustand der österreichischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. In diesen Zeiten der großen Veränderungen und auch der vielen Protestwellen, die über Europa hinweg gehen, wird es sicher

auch Veränderungen in den österreichischen Gewerkschaften geben. Der Druck der Basis, auch die Gewerkschaftsaustritte, die politische und organisatorische Schwäche der Gewerkschaften und auch die Verbindung mit den politischen Parteien – wir werden sehen, dass auch die Gewerkschaftslandschaft in ein paar

Jahren anders aussehen wird. Die Öffentlichkeit war zum Beispiel sehr über das Auftreten der Gewerkschaft Pro-Ge vor den Lohnverhandlungen erstaunt, aber die Führung reagiert nur auf den wachsenden Ärger und die Wut der Beschäftigten, die endlich ein kämpferisches Auftreten der Gewerkschaften fordern.

Bei allem Verständnis für die vielen Diskussionen über den inneren Zustand der Gewerkschaften, das Leben spielt sich draußen ab und wir haben die Aufgabe, eine neue Gewerkschaft aufzubauen. Die Situation in Österreich müssen wir anerkennen, damit wir nicht mit sinnlosen Aufrufen an die Gewerkschaftsführung oder Wünschen nach einer ganz neuen Gewerkschaft Zeit verlieren. Die Gewerkschaft ist keine normale NGO und auch keine Partei, die einmal kurz neu gegründet wird. Wir müssen da ansetzen, was es wirklich an Gewerkschaft gibt und in- und außerhalb des ÖGB und den Gewerkschaften unsere Vorstellungen für eine Demokratisierung und für eine Veränderung der Gewerkschaftspolitik werben und kämpfen. Auch wenn es nicht der direkte Weg ist, aber es ist der einzige, der auch das Denken und die Haltung der Gewerkschaften gesamt ändert. Wir brauchen in jeder Gewerkschaft richtige Wahlen, aber ohne bürokratische Hürden. Wahlen und vor allem die Kandidatur und der Wahlkampf bringen Bewegung – nicht nur organisatorisch, sondern auch im Denken und in der Verantwortung gegenüber der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Und diese Verantwortung schließt ein, dass keine abgehobenen Aufrufe „an die Gewerkschaft“ etwas bringen, sondern nur das konkrete Engagement in der betrieblichen Interessenvertretung und in den Gewerkschaften. Auch wenn es mühsam ist, wie beim Bundeskongress der GdG-KMSfB.



Gewerkschaftstag der GdG-KMSfB:

## Subjektive Eindrücke



VON IRMGARD SLOVACEK.

Zweieinhalb Tage lang trafen im Austria Center einander hunderte Delegierte und Gastdelegierte, Ehrengäste aus der Politik und Wirtschafts-PartnerInnen der GdG-KMSfB. Wir wurden von Vortragenden und GastrednerInnen („Einfache“ Mitglieder über den Sozialminister bis zum Bundespräsidenten persönlich) auf gemeinsames Handeln, kämpferische Solidarität und beherztes Tun für die Anliegen der KollegInnen (auch bei den anstehenden Gehalts-Verhandlungen!) eingeschworen. Zweieinhalb Tage schien es, als würde auch der letzte Winkel im eckenreichen Kongresscenter vom Hauch des Aufbruchs durchzogen.

Zweieinhalb Tage dichtes Programm, welches leider die notwendige Zeit für überfraktionelle Diskussionen nicht inkludierte, obwohl die Tagesordnung darauf hindeutete. Dies ist generell bedauernd, im Fall der unterschiedlichen Meinungen zu Anträgen oder zur Geschäftsordnung (Verlängerung der Funktionszeit auf fünf Jahre) im Besonderen. „Mit euren Anträgen wird jede Sitzung sinnlos in die Länge gezogen ... Wir sind damit überfordert!“ (= Wortspenden aus der Antrags-Diskussion am Podium des Austria Centers).

Danke für soviel Selbstoffenbarung (Einzelmeinungen?!). Jetzt wird mir so einiges klar:

- Warum Anträge der KIV abgeschmettert werden, obwohl der Text vollinhaltlich mit dem Sozialstaat-Volksbegehren (von Bundes- auf Landesebene transferiert) ident ist;
- Warum Anträge unserer Fraktion scheinbar als „Majestäts-Beleidigung“ aufgenommen werden;
- Warum in der Tagesordnung verankerte Diskussionen als unnötig erachtet werden;
- Warum Selbständiges Denken und Handeln ohne Fraktionszwang als Bedrohung angesehen werden ...

Informationen über und zum Gewerkschaftstag unter [www.kiv.at](http://www.kiv.at).

# VERKEHRTE WELT

**B**eim Gewerkschaftstag der Gdg-KMSfB gab es einen für den Bereich der Pflege sehr interessanten Antrag eines Kollegen von der FSG. Ziel seines Antrages war die Gleichstellung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege mit den KollegInnen im Hebammenbereich. Hier ist Maturaniveau eine notwendige Zugangsvoraussetzung. Der Kollege brachte zahlreiche Argumente in seiner Wortmeldung. Er wies auf die wesentlich besseren Berufsentwicklungen von Bereichen hin, die sich unmittelbar aus dem Pflegebereich heraus entwickelt haben. Er wies darauf hin, dass KollegInnen, die zuvor bereits eine Matura absolviert hatten, die Pflegeausbildung mit überwiegender Mehrheit positiv abschließen würden, während die Drop Out-Quote bei den anderen KollegInnen sehr hoch sei. Er wies darauf hin, dass die Attraktivität des Berufsstandes damit steigen würde. Alles Argumente, die eine Gewerkschaft unterstützen müsste, habe ich wie selbstverständlich angenommen. Noch dazu in einem sensiblen Berufsbereich: Hier arbeiten achtzig Prozent Frauen in einem Bereich mit nicht zu unterschätzender gesellschaftspolitischer Relevanz. Sie betreuen und unterstützten die Menschen in den zumeist schwierigen Situationen in ihrem Leben.

Nun ja, die Gdg-KMSfB sieht das offensichtlich anders, sie hat den Antrag abgelehnt. Nicht ohne wortreiche, wenn auch argumentativ schwache Begründungen anzuführen. Eine Kollegin von der FSG, beruflich als Lehrschwester tätig, meldete sich zu Wort. Sie habe zwar selbst die Matura, aber letztendlich sei ihr alles für den Pflegebereich relevante in der Pflegeausbildung vermittelt worden. Und dann noch die übliche Portion Zweckrationalismus. Wie sollen wir den ausreichend Personal bekommen bezie-

## Mehr Bildung in der Pflege: Eine Diskussion in der FSG am Gewerkschaftstag.

*Von Sonja Müllner.*

hungsweise behalten, wenn wir auch noch die Zugangsvoraussetzungen verschärfen, fauchte die Kollegin voll ingrimmigem Zorn ob dieser Zumutung ins Mikro. Die Wortmeldungen der Kollegin haben sich vordergründig durch eine naive Arro-



ganz ausgezeichnet, hintergründig hat sie die fehlende inhaltliche Schlagkraft ihrer Argumente durch breit zur Schau gestellten Emotionen übertüncht. Mit entsprechendem Erfolg beim „Publikum“: Tosender Applaus im Saal.

Meine erste Reaktion auf dieses sonderbare Schauspiel war Zorn. Ich war zornig über die Arroganz der Rednerin, die meint, obwohl sie selbst das Privileg hatte, die Matura zu absolvieren für andere beurteilen zu müssen, was für sie notwendig ist oder nicht. Ich hatte zum Zeitpunkt meiner Pflegeausbildung noch keine Matura und ich erinnere mich noch genau an das Gefühl, dass ich beispielsweise beim Lernen der Pharmazie hatte. Ohne jegliche Grundkenntnisse in Chemie wird die Lernende auf die Rolle eines Papageis reduziert. Und dabei fühlt sich die Lernende, die Lerninhalte verstehen möchte, klein und dumm. Ich war auch zornig darüber, dass sie sich der Diskussion auf eine derart plumpe Art einfach entziehen konnte. Warum haben vergleichsweise Berufsfelder wie beispielsweise Ergotherapie oder Physiotherapie keine Rekrutierungsprobleme? Warum sind die Arbeitsbedingungen dort in der Regel besser als im Pflegebereich? Warum ist in diesen Bereichen zumeist auch die Bezahlung besser?

Diese Fragen hat der Kollege in Verteidigung seines Antrages aufgeworfen und sie wurden in den Wortmeldungen weder diskutiert, geschweige denn beantwortet.

Die Absolvierung einer Matura wird nicht alle Probleme lösen (vor allem nicht die intern hausgemachten) und sie ausschließlich als Zugangsvoraussetzung für die Tätigkeit im Pflegebereich zu etablieren, ist für die jüngeren KollegInnen weder realistisch noch sinnvoll. Ihnen im Rahmen der Pflegeausbildung die Option zur Matura zu bieten, etwa in einem modularen System, halte ich für den besseren Weg.

Was würde ein breiteres Allgemeinwissen für Frauen im Gesundheitsbereich bedeuten:

- Gesellschaftskritisches Denken wird gestärkt
- Manche Ausbildungsinhalte können besser antizipiert werden
- Die gesellschaftspolitische Teilhabe verbessert sich
- Das Selbstbewusstsein wird gestärkt.

Dass viele PolitikerInnen und so manche Lehrende im Pflegebereich bei der Vorstellung von selbstbewussten und kritischen ArbeitnehmerInnen Unbehagen überkommt, verstehe ich ja. Aber bis zu diesem Gewerkschaftstag habe ich in der Überzeugung gelebt, dass genau das wesentliche Ziel einer Gewerkschaftsbewegung sein müsste. Aber da habe ich mich wohl etwas getäuscht. Und die Tatsache, dass ich einer Berufsgruppe angehöre, in der es zwar nicht möglich ist, eine Matura abzuschließen, aber gleichzeitig bestimmte Ausbildungsinhalte eine Matura voraussetzen, erinnert mich wohl nur irrtümlich an die BürgerInnen von Schilda.

Und meine Gedanken, dass die Gewerkschaft diesen Antrag aus den eigenen Reihen deshalb abgelehnt hat, weil sie sich bessere Gehaltsabschlüsse für den Pflegebereich nicht zutraut beziehungsweise auch nicht für notwendig befindet, sind vermutlich erste Anzeichen von Paranoia.

---

Sonja Müllner ist Dipl. Gesundheits- und Krankenschwester und Betriebsrats-Vorsitzende der Pflege- und Betreuungsdienste GmbH (Fonds Soziales Wien).

# KEINE NEUE AUSSCHREIBUNG DER REINIGUNG

**K**orruption, Gerichtsverhandlung, dubiose private Firmen, viele hundert LeiharbeiterInnen, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, geschobene Ausschreibungen und Vergaben ... Es gibt viele Gründe, warum die Privatisierung der Reinigung im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien (AKH-Wien) gründlich gescheitert ist. Wie viel Geld tatsächlich in diese Privatisierung geflossen ist, wird wohl kaum feststellbar sein. Was nicht sein darf, darf eben nicht sein – und so wird auch die Privatisierung vom Management und der rot-grünen Regierung nicht in Frage gestellt. Und wenn die rot-grüne Stadtregierung privatisieren will, dann will sie eben privatisieren. Es ist höchste Zeit, dass endlich die Gewerkschaft einen Schlusspunkt unter diese Formen der Privatisierung setzt – und wenn es sein muss mit kräftigen Kampfmaßnahmen.

**Das Wiener AKH soll die Reinigung nur mit Bediensteten des Krankenanstaltenverbundes durchführen, fordert die KIV.**



## EH ALLES IN ORDNUNG

Es ist ja nicht so, das nichts in der Öffentlichkeit bekannt ist: Fast jeden Tag erscheinen Artikel in den Zeitungen, die von unglaublichen Vorgängen im Krankenanstaltenverbund berichten. Es ist obszön und ein wirklicher Skandal, dass die rot-grüne Stadtregierung so tut, als ob mit dem Management und der Unternehmenspolitik eh alles in Ordnung sei. Nichts ist in Ordnung: Die Gesundheitskampagne der Gewerkschaft im KAV (Hauptgruppe 2) zeigt auf, dass die Bediensteten unter Druck stehen – und Schuld ist die Unternehmenspolitik.

Das Management des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV), der rechtlich eine Unternehmung der Stadt Wien ist, beschäftigt über 30.000 Bedienstete der Stadt Wien. Aber Management und rot-grüne Stadtregie-

rung wollen weiter privatisieren und Dienstleistungen in den Spitälern und Geriatriezentren an private Firmen vergeben – ein so genanntes out sourcing, eine Auslagerungen von Dienstleistungen für die Erbringung der Leistung unserer Einrichtungen.

## „NEIN“ ZU PRIVATISIERUNG UND LEIHARBEIT

So zum Beispiel die Reinigung, wie im AKH Wien; geplant sind auch die Privatisierung der Zentralsterilisation und der Küchen. Und das KAV-Management und die rot-grüne Stadtregierung lassen sich auch nicht abbringen von den Privatisierungen, auch wenn viel Geld in den Sand gesetzt wird, die Menschen die sichere Beschäftigung und sichere Löhne verlieren, auch wenn Korruption und Begünstigung im Spiel ist. Selbst die Ausschreibung wird durch Dritte vorge-

nommen, das kostet eben. Und dann kommt noch der Profit für die Privatunternehmen dazu. Und dann soll es auch noch billiger sein, als die Beschäftigung der Stadt Wien-Bediensteten. Und: Die meisten Beschäftigten der Reinigungs- und Leiharbeitsfirmen sind Frauen. Ach ja, die Stadtregierung will ja die Frauen-Einkommen fördern – und da soll man nicht zynisch werden!

## FORDERUNGEN

Wir fordern von der Wiener Stadtregierung und vom Management des Krankenanstaltenverbundes:

- Keine weitere Ausschreibung und private Vergabe der Reinigung im Wiener AKH!
- Wieder-Eingliederung der gesamten Reinigung in die Organisation des AKH und in allen „Häusern“ in die Organisation des Wiener Krankenanstaltenverbundes!
- Keine Leiharbeit mehr im gesamten KAV! Sichere Beschäftigungsverhältnisse für alle Bediensteten des KAV!
- Beschäftigung in allen Bereichen – vor allem in der gesamten Reinigung und Handwerklichen Verwendung – nur als Bedienstete der Stadt Wien, die unter die Bestimmungen der Vertragsbedienstetenordnung der Stadt Wien fallen.
- Schluss mit der Privatisierungspolitik – da zahlen nur die Beschäftigten und die Bevölkerung drauf!
- Keine Privatisierung – Ausschreibung und Vergabe – von Küche, Reinigung, Zentralsterilisation, Handwerkliche Verwendung. Spitäler und Geriatriezentren sind eine Einheit und die Rechte aller Bediensteten müssen berücksichtigt werden!
- Mehr Geld und Ressourcen für die Häuser des Wiener KAV – für die Erfüllung der Forderungen der Gesundheitskampagne der GdG-KMSfB-Hauptgruppe 2!
- Für kommunale Spitäler und Geriatriezentren mit Öffentlich Bediensteten!





## AUSGERBRANNT BIS ABGERBRANNT



sie mit Abschlagen pensioniert, sind selber schon krank und hoffen auf noch frischere KollegInnen für Ihre eigene Betreuung. Und noch immer wird ja Burn-Out so als Weichei-Erkrankung bis Tachinose gesehen. Jaja, anerkannt schon, aber so früh muss mensch auch nicht aufgeben, da lässt sich noch viel aushalten.

**M**ittwoch, 14. September 2011: Start der Gesundheitskampagne „Zeit für Menschlichkeit“ hinter dem Rathaus. Die Menschen, die in den Spitälern arbeiten, können nicht mehr, sind ausgebrannt. Aber es gibt nicht mehr Geld für bessere Arbeitsbedingungen, für Postenachbesetzungen. Da zeigt sich die Stadtverwaltung ganz abgebrannt.

Regenwolken bedrohen die Veranstaltung, trotzdem werden zirka tausend Personen auf dem Platz sein und die können mit Trommeln und Trillerpfeifen laut sein. Multimediaeffekte lassen Flammen am Rathaus empor-

### Dem Gesundheitssystem droht der Kollaps.

*Von Gerhard Winter.*

züngeln, ganz oben leuchtet der Schriftzug „Ausgebrannt“ – und folgerichtig darunter „Heute unsere Spitäler – Morgen das ganze System?“. Ein guter Start einer schon seit langer Zeit berechtigten Kampagne. Es soll weitergehen, es muss weitergehen, nur nicht stecken bleiben. Die Forderungen, die ja selbstverständlich sein sollten, müssen erfüllt werden.

### ES LÄSST SICH NICHT AUSHALTEN

Es darf auch nicht ausgehalten werden, sonst leidet schlussendlich das ganze System und vor allem jene, die dort Hilfe, Schutz und Versorgung suchen. Noch gibt es Gespräche, der Herr Bürgermeister zeigt Verständnis, aber es gibt halt kein Geld.

Mit Verlaub, Herr Bürgermeister, Verständnis ist gut, aber es reicht nicht. Die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die nötigen Dienstposten nachzubestellen, das wäre Verständnis und – es wäre ihr Job.

### MEDIEN: ZAGHAFT BERICHTERSTATTUNG

Die Stadtverwaltung kontert mit Statistiken, europaweite, und da sind wir ja noch viel besser, als der Durchschnitt. Aber bitte, wen interessieren schon Durchschnittsberechnungen, wenn die Menschen den Arbeitsdruck nicht mehr aushalten? Werden Sie deshalb weniger krank? Nein, da werden



**K-TV**  
Kultur, Politik, Wirtschaft

**GERHARD WINTER**  
IST AUSSCHUSS-  
VORSITZENDER IM  
WIENER MARKTAMT.

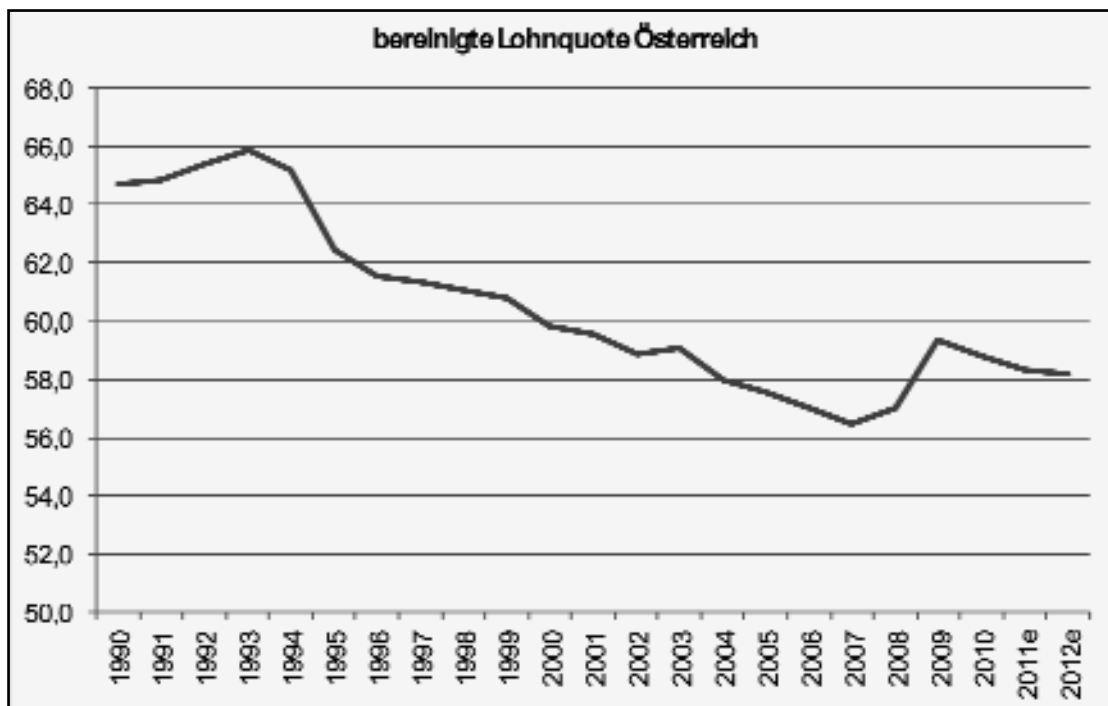
Der Produktivitätsanstieg wird (leider) nur selten diskutiert, stattdessen bezeichnen selbst höchstrangige Gewerkschaftsführer das BIP-Wachstums als entscheidenden Indikator, was falsch ist. *Von Fritz Schiller.*

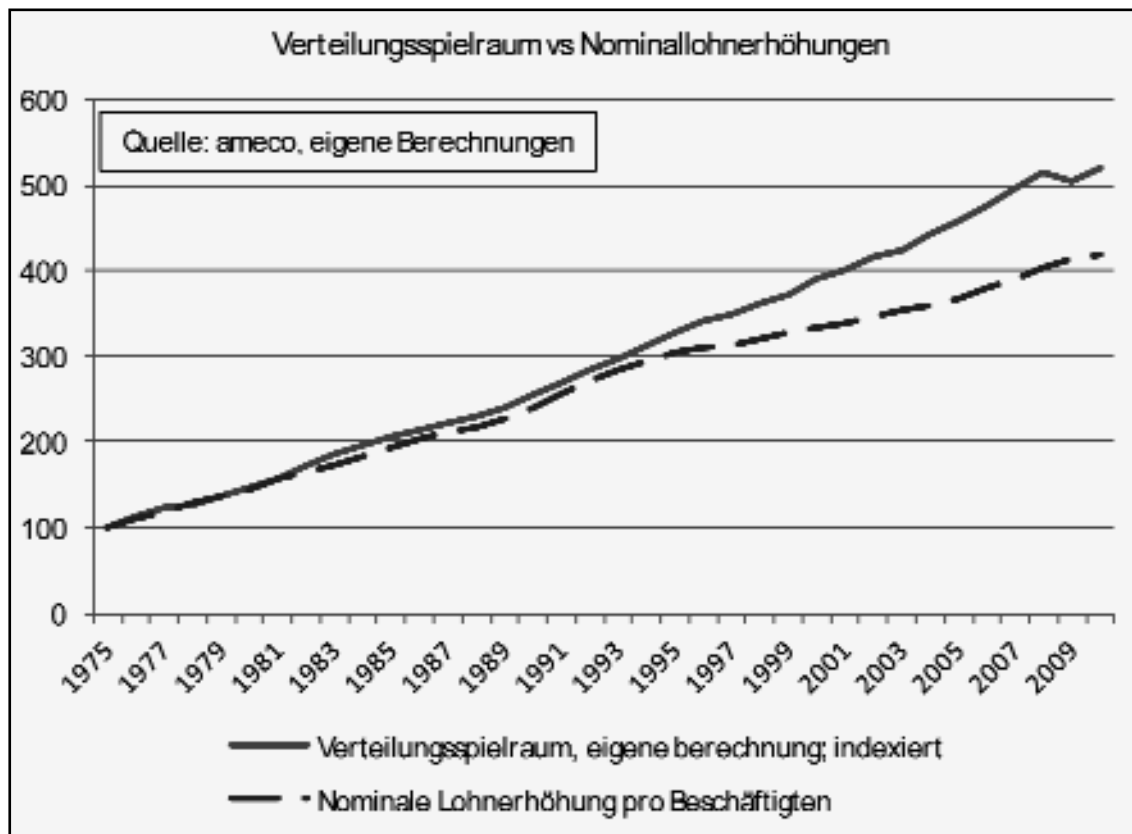
# LOHNVERHANDLUNGS- RUNDE 2011

22. September begannen die Lohn- und Gehaltsverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten der Metallverarbeitenden Industrie. Sie sind von besonderer Bedeutung, da sie als die Orientierung für die weiteren Lohn- und Gehaltsverhandlung der anderen Branchen gelten.

Wie sind die Lohn- und Gehaltsverhandlungen der letzten zwanzig Jahre verlaufen? Ein erster Indikator für die Beurteilung dieser Frage ist die Lohnquote, die den Anteil der ArbeitnehmerInneneinkommen am Volkseinkommen darstellt. Wie aus der untenstehenden Grafik zu erkennen ist, ist sie in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich gesunken. 1990 lag sie bei 64,7 Prozent, zwanzig Jahre später nur mehr bei 58,8 Prozent – ein Rückgang um fast sechs Pro-

zentpunkte (Quelle: Ameco Datenbank, eigene Berechnungen). Die Lohn- und Gehaltspolitik des ÖGB ist seit Jahrzehnten die sogenannte Solidarische Produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Auf jedem Bundeskongress wird sie zumeist einstimmig bestätigt, auch von den Unabhängigen GewerkschafterInnen. Die Solidarische Produktivitätsorientierte Lohnpolitik ist (zunächst) leicht in eine Formel zu packen: die Lohn- und Gehaltsabschlüsse sollen dem zukünftigen Wachstum der Verbraucherpreise sowie dem der gesamtwirtschaftlichen (!) Produktivität entsprechen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist deshalb wichtig, weil sie das Element der Solidarität in diese Formel bringt. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen gibt es unterschiedliche Pro-





duktivitätsentwicklungen. Die höchsten Produktivitätssteigerungen weisen in der Regel die Metallindustrie beziehungsweise die exportorientierten Bereiche auf, die niedrigsten der öffentliche Dienst, nämlich null Prozent. Wieso? Die öffentliche Verwaltung stellt keine marktfähigen Produkte dar. Der Staat stellt der Wirtschaft Rahmenbedingungen zur Verfügung, die über Steuern finanziert werden. Der Schluss, dass der öffentliche Dienst nicht produktiv wäre, ist aber absolut unzulässig. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass er unverzichtbare Vorleistungen für die Wirtschaft zur Verfügung stellt, deren Produkte danach einen Marktpreis erzielen. Diese gehen in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes ein, die öffentlichen Leistungen mangels Preisen nicht. Diese Tatsache vergessen oft viele Kommentatoren.

Würde nur die Produktivitätssteigerung der jeweiligen gerade zu verhandelnden Industrie und Wirtschaftssektoren bei der Lohnformel herangezogen werden, käme es zu einem starken Auseinanderdriften in der Lohn- und Gehaltsentwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität liefert somit einen Ausgleich zwischen hoch- und niedrigproduktiven Sektoren. So die Theorie. Wie fällt nun eine Bilanz der produktivitätsorientierten Lohnpolitik für die letzten fünfunddreißig Jahre aus? In der Abbildung auf dieser Seite wird die sogenannte „Verteilungsbilanz“ dargestellt.

Diese Bilanz schaut in der Tat nicht sehr erfreulich aus. Seit Anfang der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre ist ein geringfügiges Hinterherhinken der realisierten Lohnabschlüsse festzustellen. Danach beginnt sich die Schere zwischen Anforderung und Realität jährlich zu öffnen. Interes-

sant ist das „erfolgreiche“ Jahr 2009, das sich dadurch ergibt, dass die Produktivität in diesem Jahr –2,3 Prozent betrug. Das deshalb, weil es im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise zu einem dramatischen Rückgang der BIP-Wachstums bei nur einem geringen Anstieg der Arbeitslosenzahlen kam. Insgesamt kann man feststellen, dass die Produktivitätsgewinne in den letzten Jahren, insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre, zum überwiegenden Ausmaß den Unternehmern zufließen.

Wie hoch soll nun ein Lohn- und Gehaltsabschluss für 2012 gemäß der solidarischen produktivitätsorientierten Lohnpolitik sein? Die Schätzungen der EU-Kommission (ameco datenbank) für 2012 für den Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) liegen bei 2,1 Prozent. Das WIFO schätzte Ende September den Anstieg der Verbraucherpreise für 2012 ebenfalls auf 2,1 Prozent. Das Produktivitätswachstum wird von der EU-Kommission für nächstes Jahr auf 1,6 Prozent geschätzt, während das WIFO dagegen nur einen Anstieg um 0,4 Prozent sieht. In der gewerkschaftlichen Praxis hat sich herauskristallisiert, dass für die Inflationsrate immer der Wert des vergangenen Jahres (2010: 1,7 Prozent, HVPI) beziehungsweise der Anstieg der letzten zwölf Monate (09/2010-08/2011: HVPI 3,7 Prozent, VPI 3,4 Prozent) herangezogen wird. Der Produktivitätsanstieg wird (leider) nur selten diskutiert, stattdessen bezeichnen selbst höchstrangige Gewerkschaftsführer das BIP-Wachstums als entscheidenden Indikator, was falsch ist.

*Bitte umblättern*

1	2	3	4	5
	2011e (EU)	2011e (Wifo)	2012e (EU)	2012e (Wifo)
IIVPI	2,9%	3,1%	2,1%	2,1%
Produktivität	1,6%	1,1%	1,6%	0,4%
<b>Verteilungsneutraler Spielraum</b>	<b>4,5%</b>	<b>4,2%</b>	<b>3,7%</b>	<b>2,5%</b>

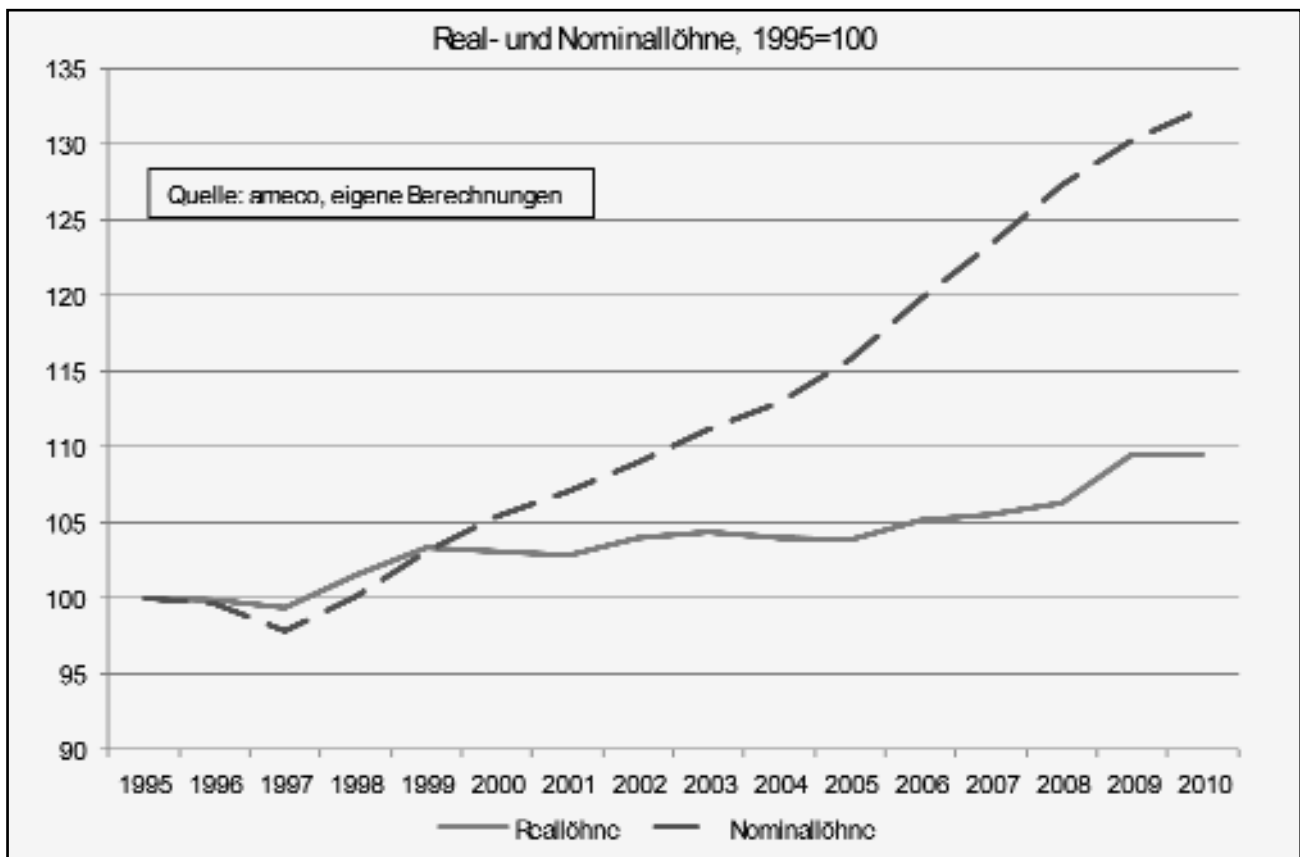
In der obenstehenden Tabelle sind einige Szenarien durchgerechnet: In den Spalten 2 und 3 ist der Verteilungsneutrale Spielraum für 2011 gemäß den Schätzungen der EU-Kommission und des WIFO angeführt, er liegt bei 4,5 beziehungsweise 4,2 Prozent. Die Spalten 4 und 5 beziehen sich auf das kommende Jahr: Gemäß EU-Kommission müsste bei den Gehaltsverhandlungen 3,7 Prozent und gemäß Wifo gar nur 2,5 Prozent erreicht werden.

In der gewerkschaftlichen Praxis hat sich eine etwas andere Herangehensweise entwickelt. Es wird die Inflationsrate des letzten Jahres (oder der letzten zwölf Monate) als Basis genommen sowie eine Schätzung für den Anstieg der Produktivität. Insofern wird von einer Inflationsrate zwischen 2,9 und 3,1 Prozent plus einem Produktivitätsanstieg von 1,6 beziehungsweise 0,4 Prozent ausgegangen. Insgesamt würde das Werte von 4,5 Prozent (EU) beziehungsweise 3,5 Prozent (Wifo) ergeben. Nach den zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages (5. Oktober) zuletzt vorliegenden Verhandlungspositionen bieten die Metall-Arbeitgeber 3,1 Prozent während die beteiligten Gewerkschaften 5,5 Prozent (zum ersten Mal erfreulicherweise öffentlich!)

fordern. Meines Erachtens wäre ein Abschluss über 3,5 Prozent als Erfolg zu werten.

Zwischen 1995 und 2010 erhöhten sich die Reallöhne um 0,6 Prozent pro Jahr. Der Anstieg in dieser Periode sehr gering, von 1975 bis 1995 betrug er noch 1,9 Prozent pro Jahr. Die Nominallöhne erhöhten sich jährlich um 1,9 Prozent. Die Entwicklung der Real- und Nominallöhne von 1995 bis 2010 ist in der untenstehenden Grafik dargestellt.

Eine Frage ist noch nicht beantwortet: Wenn die Lohnquote eine realistische Abbildung der Verteilung des Volkseinkommens ist (was von neoliberalen Autoren massiv geleugnet wird) und wenn es stimmt, dass in den vergangenen Jahrzehnten eine Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zu den anderen EinkommensbezieherInnen (Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Verpachtung, Kapitaleinkommen etc.) stattfand, warum fordern die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertreterin, die Gewerkschaften, dann nicht eine Kompensation für diese „Verluste“?



Von einer europäischen Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt findet im national-konservativ regierten Ungarn derzeit ein Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte statt. *Von Markus Koza.*

AUTORITÄRER KAPITALISMUS:

# MODELL

# UNGARN



Das die national-konservative, mit Zwei-Drittel-Mehrheit ausgestattete FIDESZ-Partei (übrigens Mitglied der EVP, der Europäischen Volkspartei und damit Schwesterpartei der ÖVP) unter ihrem Ministerpräsident Viktor Orbán, weitgehend autoritär regiert, ist soweit bekannt. Es wird zwar als unschön empfunden (vom Umgang mit ethnischen und politischen Minderheiten bis hin zur Einschränkung der Medienfreiheit) von der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten allerdings mehr oder weniger achselzuckend zur Kenntnis genommen. Für weit mehr Empörung (vor allem in Österreich) sorgt dagegen schon die von der ungarischen Regierung geplante „Zwangskonvertierung“ von Fremdwährungskrediten und daraus resultierenden Milliardenverlusten für (unter anderem österreichische) Banken. Beinahe unbemerkt findet darüber hinaus derzeit der rasante und radikale Umbau Ungarns in Richtung „autoritärer Kapitalismus“ statt. Mit der drohenden vollkommenen Entrechtung von ArbeitnehmerInnen und der systematischen Entmachtung von Gewerkschaften.

## ARBEITSMARKTMASSNAHMEN IM „GULAG-STIL“

Im Sommer dieses Jahres wurde im ungarischen Parlament ein neues Arbeitslosen- und Beschäftigungsgesetz beschlossen.

Die Kritikpunkte der GegnerInnen an diesem Gesetz reichten von „Entrechtung, über staatliches Lohndumping bis hin zu Zwangsarbeitslagern“. Aus gutem Grund:

- Die maximale Auszahlungsdauer des Arbeitslosengeldes wird von bisher 270 auf 90 Tage begrenzt.
- Die Obergrenze des Arbeitslosengeldes wird von 120 Prozent auf 100 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns abgesenkt.
- Arbeitslosen, welche öffentliche Arbeits- und Beschäftigungsangebote ablehnen, droht der Verlust der „finanziellen Unterstützung“.
- Die „Zumutbarkeitsbestimmungen“ werden dahingehend gelockert, dass auch mehrtägige Aufenthalte fern des Wohnortes, die Unterbringung in

provisorischen Containerstädten und Arbeit weit unter der eigenen Qualifi-

kation als angemessen gelten. Ausnahmen gibt es nur im Falle der eigenen Erkrankung oder der Erkrankung von Kleinkindern, für die es keine anderen Betreuungsmöglichkeiten gibt.

- Für die „Entlohnung“ derartiger Arbeitsmaßnahmen darf das Mindestlohngesetz „in diesen besonderen Fällen“ unterlaufen werden, das Tarifrecht wurde speziell für diese „Unterzahlung“ geändert. Tatsächlich können derartige „besondere“ Beschäftigungsmaßnahmen allerdings bis zu 300.000 Menschen betreffen. (Quelle: Pester Llyod, 22. August 2011).

Bis zu 43 Milliarden Forint (zirka 160 Millionen Euro) hofft die ungarische Regierung einzusparen. Angesiedelt ist diese Initiative unter dem Motto „Arbeit statt Sozialhilfe“ übrigens nicht im Arbeits- oder Sozialministerium, sondern im für die Polizei zuständigen Innenministerium. Öffentlich

*Bitte umblättern*

lich meinte der Innenminister Pintér, dass „pensionierte Polizisten genau die richtige Qualifikation“ für die Durchführung der „öffentlichen Arbeitsprogramme hätten,“ worin „... manche bereits das Bild von durch Alt-Polizisten bewachten Zwangsarbeiterkolonnen heraufziehen sehen,“ so Pester Lloyd. Auf entsprechend heftigen Protest stößt das „Beschäftigungsprogramm“ bei BürgerrechtlerInnen, Roma-Verbänden, bei Gewerkschaften, aber selbst in Teilen der Wirtschaft. BürgerrechtlerInnen und Roma-Verbände befürchten, dass durch ihre spezifische Lage vor allem Roma mit „Zwangsarbeit“ konfrontiert würden.

Die GewerkschafterInnen sind dagegen, weil das Entstehen eines staatlich geförderten, dauerhaften, weitestgehend (arbeits-)entrechteten Prekariats befürchtet wird. Die „Beschäftigungsprogramme“ böten schließlich weder Ausbildungsziele, noch irgendwelche sonstige Perspektiven, die „1-Forint-Jobber“ hätten weder Betriebsräte noch gewerkschaftlichen Schutz. Der droht allerdings ohnehin verloren zu gehen – und zwar für so ziemlich alle, kommt die national-konservative Ungarische Regierung mit ihren Plänen durch.

### ARBEITSRECHT: „HANDBUCH FÜR SKLAVENHALTER“

„Die Rezepturen des Viktor Orbán für ein ‚neues Ungarn‘ führen direkt in den Untertanenstaat, fürchten die Gewerkschaften, aber nicht nur die“ unterteilt der Pester Lloyd einen Artikel vom 22. August 2011. Überschrift: „Orbáns schöne neue Arbeitswelt in Ungarn“. 294 Paragraphen auf 193 Seiten umfasst der Entwurf der nationalen Rechten zu einer Neufassung des Arbeitsrechts in Ungarn. Und was dieser Entwurf beinhaltet, spottet tatsächlich jeder Beschreibung Ungarns als Demokratie, geschweige denn als soziale Demokratie. „Handbuch für Sklavenhalter“ nannte der Gewerkschaftsverband „LIGA“ den Gesetzesentwurf, „Werden wir Sklaven oder Freie sein?“ fragte der Gewerkschaftsverband MZOSZ auf einem Flugblatt. Die Gewerkschaften übertreiben mit ihren etwas gar „markig“ wirkenden Bildern nicht. So sieht das neue Arbeitsrecht, die „schöne neue Arbeits-

welt“, im Ungarn der nationalistischen Rechten zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus:

- weniger Urlaub für ArbeitnehmerInnen
- Verlust der Schichtzulage
- keine zwingende Auszahlung von Überstundenzuschlägen
- mehr Arbeit bei weniger Gehalt
- Abbau des Kündigungsschutzes, keine zwingende Abfertigung mehr
- ArbeitnehmerInnen, die im Rahmen ihrer Arbeit mit Geld umgehen, müssen künftig eine Kautions hinterlegen
- ArbeitnehmerInnen haben für von ihnen verursachte Schäden künftig in voller Höhe aufzukommen
- keine Mitwirkungsrechte bei Arbeitsfeldänderungen
- kein Kündigungsschutz für Mütter im „Erziehungsurlaub“ und für ältere ArbeitnehmerInnen
- künftig dürfen ArbeitgeberInnen die Daten „ihrer“ ArbeitnehmerInnen ohne deren Zustimmung Dritten überlassen
- künftig soll auch die Bespitzelung von ArbeitnehmerInnen in ihrem privaten Lebensumfeld legal werden. Und zwar: „... im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, jedoch zum Zwecke der Kontrolle des Verhaltens jenseits der Arbeitszeit und außerhalb des Arbeitsplatzes.“
- den Gewerkschaften wird das Vertretungsrecht vor Gerichten und Behörden entzogen
- der Kündigungsschutz sowie Arbeitszeitvergünstigungen („Freizeitgewährung“ auf Grund von Interessenvertretung) für gewerkschaftliche Interessensvertreter fallen
- ob betriebliche Interessensvertreter für Beratungen beziehungsweise Konsultationen von ihrer Arbeit freigestellt werden oder nicht, obliegt künftig dem Arbeitgeber
- die Betriebsräte sollen künftig „Betriebsvereinbarungen mit Kollektivvertragwirkung“ ausverhandeln können. Damit wird die betriebliche gegenüber der überbetrieblichen Kollektivtragesebene gestärkt, was massiv in die Kernkompetenzen von Gewerkschaften eingreift.
- Und zu schlechter Letzt: als ob die „Stärkung“ der betrieblichen Ebene nicht reichen würde, soll Arbeitgebern die Möglichkeiten eingeräumt werden, sich ihre Kollektivvertrags-

partner auf gewerkschaftlicher Seite (in Ungarn gibt es keinen einheitlichen Gewerkschaftsbund sondern derzeit sechs mehr oder weniger starke Gewerkschaftsverbände) selbst aussuchen zu dürfen!

### VORGESCHMACK „STREIKRECHT“

Einen ersten massiven Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte setzte es bereits Ende 2010: Damals wurden die Gewerkschaften „... im Hau-Ruck-Verfahren ihrer Gesetzgebungswalze um ihr Streikrecht gebracht“.

Pester Lloyd: „Treffen wollte sie (die ungarische Regierung, Anm.) damit vor allem die Interessensvertretungen der öffentlichen Versorgungsunternehmen im Verkehrs- und Energiebereich. Ihnen allein wurde bis dahin zugetraut, durch landesweite Streikaktionen die neue Ordnung der ‚nationalen Zusammenarbeit‘ empfindlich stören zu können.“

Das Streikrecht wurde dahingehend geändert, dass die Arbeit nur dann niederlegt werden darf, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften sich über eine „zu gewährleistende ausreichende Versorgung“ während der Streikdauer verständigt haben. Kommt es zu keiner Verständigung, hat das Arbeitsgericht das letzte Wort. Im Sommer zogen die betroffenen Gewerkschaften eine erste Bilanz. Das Ergebnis: von neun Streikinitiativen überlebte keine einzige die zweite Instanz.

Pester Lloyd berichtet: „Im Falle des Streikantrags von Gewerkschaften der Budapester Verkehrsbetriebe (BKV) wird die erstinstanzliche Entscheidung zurückgewiesen, weil das Gericht ‚nicht den für die Entscheidung notwendigen Sachverhalt festgestellt‘ habe, ‚der durch das Streikgesetz in den Kompetenzbereich der Arbeitsgerichte gegeben wurde (...) und infolgedessen war die Entscheidung in der Sache aufgrund der daraus abgeleiteten juristischen Schlussfolgerung unbegründet‘. Außerdem stellte das übergeordnete Arbeitsgericht fest, dass gegen Maßnahmen der Regierung nicht gestreikt werden dürfe. In einem anderen Fall wurde unter Berufung darauf, das Streikziel entspreche nicht den gesetzlichen Anforderungen, die gerichtlich festgelegte ausreichende Dienstleistung außer Kraft gesetzt.“

---

## PROTESTWELLE GEGEN „FASCHISIERUNG“ UNGARNS

Demokratische Grundrechte wie das Streikrecht, die systematisch ausgehebelt werden, ein Arbeitsrecht, das ArbeitnehmerInnen entrechtet, Beschäftigungsmaßnahmen, die an dunkle Zeiten erinnern – der Widerstand gegen die zunehmende „Faschisierung“ der ungarischen Gesellschaft durch die rechts-nationale FIDESZ beginnt sich zu formieren.

War der gewerkschaftliche Protest am 12. September mit ein paar tausend DemoteilnehmerInnen noch relativ schwach, planten für Ende September Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, BürgerrechtlerInnen und Opposition eine „ganze Serie von Streiks, Blockaden und anderen Protesten“ unter dem Übertitel „D-Day“. Siebzig Einzelgewerkschaften, Konföderationen, Bürgerrechtsgruppen und Berufsverbände haben eine neun Punkte umfassende Petition verfasst, in der unter anderem das Verbot rückwirkender Gesetzgebung, eine faire Steuerpolitik, ein echter Dialog zwischen den Sozialpartnern, der Schutz älterer ArbeitnehmerInnen und die Sicherung der Renten gefordert werden.

Nach Gesprächen mit ungarischen GewerkschafterInnen wird nun auch der zuständige EU-Kommissar Laszlo Andor – noch von der alten, abgewählten sozial-liberalen Regierung als ungarischer EU-Kommissar eingesetzt – das neue „Arbeitsrecht“ hinsichtlich seiner Rechtmäßigkeit nach EU-Regelungen überprüfen.

---

## UNGARN: KEIN EINZELFALL IN EUROPA

Ungarn ist hinsichtlich eines immer autoritärer werdenden europäischen Kapitalismus allerdings kein Einzelfall. Auch in der Slowakei ist seitens der konservativ-liberalen Regierung eine Novellierung des Arbeitsrechts geplant. Kernelemente unter anderem:

- Gewerkschaftliche Aktivitäten sollen auf Betriebe beschränkt werden, in denen mindestens dreißig Prozent der ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisiert sind
- Auch in der Slowakei soll die betriebliche Ebene gegenüber der kollektiv-

vertraglichen, überbetrieblichen Ebene gestärkt werden

- Ausweitung der Arbeitszeiten sowie Erhöhung der Überstunden auf 400 Stunden im Jahr
- das Ende der „paritätischen“ Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge – diese sollen vollkommen von den ArbeitnehmerInnen getragen werden.

Auch in Tschechien soll das Arbeitsrecht liberalisiert werden. Joachim Becker, Ökonom an der WU Wien, spricht in einem Beitrag in den WSI Mitteilungen 6/2011 von einer „... strategisch angelegten Radikalisierung neoliberaler Politikmuster“, unter „der Flagge der Krisenbekämpfung“. Es ist allerdings keineswegs ein Blick in den Osten der EU erforderlich, um eine „autoritäre“ Neustrukturierung des europäischen Kapitalismus analysieren zu können: Sowohl der Euro-Plus-Pakt, die Legislativvorschläge der EU-Kommission zu einer europäischen Wirtschaftsregierung („Six-Pack“), als auch die Auflagen für unter dem „Euro-Rettungsschirm“ stehende Schuldenländer weisen klar autoritäre, gegen die ArbeitnehmerInnen und ihre Interessensvertretungen gerichtete Züge auf.

Mag Ungarn auch ein Extremfall unter einer ganz spezifischen politischen Konstellation sein – autoritäre Entwicklungen sind in ganz Europa zu beobachten und werden von der EU-Kommission und dem EU-Rat befördert. Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, BürgerrechtlerInnen werden sich in ganz Europa auf entsprechende Abwehrkämpfe gegen einen immer autoritärer werdenden Kapitalismus vorbereiten müssen, um demokratische und soziale Grund- und Freiheitsrechte in Europa erfolgreich zu verteidigen. Auf politische Parteien und auf die Parlamente – auf die nationalen wie auf das europäische – ist nämlich kein Verlass.

---

Linktipp: [www.pestierloyd.net](http://www.pestierloyd.net), unabhängige, kritische (Internet-)Zeitung in Ungarn, deutschsprachig.



[ug-oegb.at](http://ug-oegb.at)

[auge.or.at](http://auge.or.at)

[kiv.at](http://kiv.at)

[ugoad.at](http://ugoad.at)

[ug-vida.at](http://ug-vida.at)

[we4you-ug.at](http://we4you-ug.at)



**Ulrichsberg: Widerständig gegen rechtes Gedenken.** Die Beiträge zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur fokussieren auf die spezifische Situation in Kärnten/Koroska und das umstrittene Ulrichsbergtreffen, eines der größten Treffen von Veteranen der nationalsozialistischen Wehrmacht und (Waffen-)SS in Europa. Ausgehend davon werden unterschiedliche Facetten des österreichischen Umgangs mit der jüngeren Geschichte sichtbar gemacht.

Ab 2005 fanden jährlich Gegenveranstaltungen, unter anderem in Form von ZeitzeugInnenengesprächen, Stadtspaziergängen und Demonstrationen, statt. Dass 2009 das Bundesheer seine Unterstützung des Ulrichsbergtreffens zurückzog und die geplante 50 Jahr-Feier daraufhin abgesagt wurde, ist als Erfolg dieser Protestaktivitäten zu werten.

Der Bogen der Beiträge reicht von einer Auseinandersetzung mit den Traditionsbezügen des Bundesheeres und deren Veränderung in den letzten Jahren, über die spezifisch kärntner-slowenische Geschichte von Widerstand und Verfolgung, bis zur kaum diskutierten Frage nach dem Andenken von NS-TäterInnen in der Wissenschaft. Ausgehend von den verdrängten Geschichten unterschiedlicher Opfergruppen werden verschiedene Aspekte der nationalsozialistischen Ideologie, Politik und Verfolgung an Hand des regionalen Kontexts deutlich gemacht. Die Thematisierung des Zusammenhangs von Desertion und PartisanInnenkampf bereichert die Debatte um die Opfer der NS-Militärjustiz um eine zusätzliche Facette. Mit kritischem Blick und auf Basis umfangreicher Recherchen leistet die Publikation einen wichtigen Beitrag zur Analyse österreichischer Geschichtspolitik.

Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens (Hg.)

Friede, Freude, deutscher Eintopf

Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest  
420 Seiten, 19,90 Euro, ISBN: 978385476-601-8

## Bewegung in die Bildung

Pünktlich zum Bildungsvolksbegehren bringt die Grüne Bildungswerkstatt eine Broschüre zum Thema Bildung heraus.

- Wie schaut es mit der (gerechten) Verteilung von Bildungs- und Lebenschancen aus?
- Was macht einen guten Kindergarten aus?
- Wie können alternative Lernkonzepte aussehen?
- Wie viel Privatisierung verträgt der Bildungsbereich?
- Ist ein Studium immer noch ein Hürdenlauf?

Das und vieles mehr wird in Artikeln, Kommentaren und Interviews behandelt. Für den Obmann der Grünen Bildungswerkstatt, Andreas Novy, braucht Bildung Bewegung: „Das vorliegende Magazin ist Nahrung für den Geist, will Dialog und Diskussionen entfachen.“



Kontrovers „Bewegung in die Bildung“, Herausgeberin: Die Grüne Bildungswerkstatt, Planet Verlag, 2011, [www.gb.w.at/bildungsdialog/kontrovers-bildung-hauptseite](http://www.gb.w.at/bildungsdialog/kontrovers-bildung-hauptseite)

Bildungsvolksbegehren  
„Zeichen setzen statt sitzen bleiben“,  
3. bis 10. November 2011.

Im Gemeinde- oder Magistratischen Bezirksamt,  
[www.nichtsitzenbleiben.at](http://www.nichtsitzenbleiben.at).